



Bilanz der Landesregierung für die 14. Legislaturperiode Vorlage für die Sitzung des Ministerrats am 7. Februar 2011

Einleitung

Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat ein ehrgeiziges Regierungsprogramm in der Legislaturperiode 2006 - 2011 erfolgreich absolviert. Über 470 Maßnahmen des Koalitionsvertrages wurden angepackt. Die Landesregierung hat ihren Wählerauftrag gewissenhaft und umfassend umgesetzt. Ziel der Landesregierung war es, das Land in allen Bereichen weiter nach vorne zu bringen. So wurden die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise schnell und erfolgreich überwunden. Im Vergleich mit anderen Ländern erzielt Baden-Württemberg in vielen Bereichen Bestwerte.

Im Nachfolgenden sind wesentliche Reformen und Maßnahmen der Landesregierung kurz und prägnant dargestellt.

Wirtschaft und Arbeit

Baden-Württemberg ist eine der stärksten Wirtschaftsregionen Deutschlands und Europas. Das Statistische Landesamt geht nach seinen neuesten Berechnungen von einem Wirtschaftswachstum von real 4,75 Prozent für das Jahr 2010 aus. Für das 1. Quartal 2011 wird sogar mit einem realen Wirtschaftswachstum gegenüber dem Vorjahresquartal von rund 5,5 Prozent gerechnet. Ein Beleg dafür, dass Baden-Württemberg gestärkt aus der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise gekommen ist.

Um die Wachstumschancen Baden-Württembergs noch besser nützen zu können, hat die Landesregierung ein Gutachten zu den wirtschaftlichen und technologischen Perspektiven der baden-württembergischen Landespolitik bis 2020 bei McKinsey & Company und dem Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) erstellen lassen. Zentrales Ergebnis dabei: Die kommenden Wachstumschancen für die baden-württembergische Wirtschaft liegen insbesondere in den Bereichen Zukünftige Mobili-

tät, Umwelttechnik und Ressourceneffizienz, Gesundheitswirtschaft sowie IT- und Kreativwirtschaft.

Um einen weiteren Impuls für Wachstum und neue Arbeitsplätze zu setzen, wurden im Rahmen des dritten Nachtragshaushaltes 2011 60 Millionen für Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Nachhaltige Mobilität, Automobilforschung, Umwelttechnologie und Ressourceneffizienz, Gesundheitswirtschaft, Informationstechnologie, Fachkräftesicherung, Technologietransfer und Wagniskapital bereitgestellt.

Neue Wachstumskerne für neues Wachstum

- Zukünftige Mobilität

Damit das Land im Bereich der Mobilität auch in Zukunft an der technologischen Spitze bleibt, fördert das Land neue Entwicklungen künftiger Mobilitätsformen. Beispiele sind die Landesinitiative Elektromobilität mit zusätzlichen Finanzmitteln in den Jahren 2010 bis 2014 in Höhe von 28,5 Millionen Euro. Zentrales Element dieser Initiative ist die Landesagentur e-mobil BW, die wichtige Vernetzungsaktivitäten übernimmt. Die Schlüsseltechnologien für Innovationen im Umfeld von Energie und Mobilität werden konsequent vorangetrieben: Gründung des Projekthauses „e-drive“ des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) und der Daimler AG zur Erforschung elektronischer Antriebe, Einrichtung einer Fraunhofer-Projektgruppe „Neue Antriebe“ in Karlsruhe/Pfintal, Entwicklung von großserienmäßigen Leichtbaustrukturen im Technologie-Cluster „Composites“ aus Hochschulen, Forschungsinstituten und Unternehmen, Forschung im Bereich der Brennstoffzellen, unter anderem am KIT in Karlsruhe und am Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme in Freiburg, Startschuss für das Helmholtz-Institut für Elektrochemische Energiespeicherung in Ulm im Januar 2011.

- Umwelttechnik und Ressourceneffizienz

Der Markt für Umwelttechnologie ist ein Wachstumsmarkt. Schätzungen zufolge wächst der Weltmarkt für Umwelttechnologie bis 2020 mit jährlich über 6 Prozent auf dann 2,8 Billionen Euro. Daher ist es erklärtes Ziel der Landesregierung, Baden-Württemberg zum Umweltinnovationslabor Europas zu machen. Baden-Württemberg baut dabei auf Bestehendem auf. So wurden in den Jahren 2007 und 2008 kleinere und mittlere Unternehmen mit dem Förderprogramm „Betriebliche Umwelttechnik“ und einem Volumen von 3,8 Millionen Euro unterstützt. Zudem fördert das Land, gemeinsam mit der EU, im Rahmen der EFRE-Förderrichtlinie „Umwelttechnik“ schwerpunktmäßig die Steigerung der Ressourceneffizienz. Hierfür stehen für die Jahre

2008 bis 2015 insgesamt 10 Millionen Euro zur Verfügung. Die Landesregierung setzt daher auf die Gründung eines Innovations- und Technologiezentrums für Umwelttechnik. Parallel dazu wird derzeit ein Kompetenzatlas „Umwelttechnik und Ressourceneffizienz“ erarbeitet, der einen vollständigen Überblick über diesen Wirtschaftsbereich liefern wird. Unterstützt werden diese Anstrengungen durch die Landeskampagne „Ressourceneffizienz“, die Unternehmen auf entsprechende Kosteneinsparpotentiale verweist.

- Gesundheitswirtschaft

Die Gesundheitswirtschaft ist bereits heute einer der wichtigsten Wirtschaftszweige in Baden-Württemberg, der 10 Prozent der Wirtschaftsleistung im Land erwirtschaftet. Er verbindet Wachstumschancen mit einer höheren Lebensqualität für die Menschen im Land. Das Land unterstützt daher diesen Wirtschaftszweig maßgeblich. Mit dem „Gesundheitsforum Baden-Württemberg“ wurde eine Plattform für die Vernetzung der relevanten Akteure geschaffen.

Die Landesregierung ist zugleich Vorreiter bei der betrieblichen Gesundheitsprävention. Die Ministerien erhalten für das Gesundheitsmanagement ab dem Jahr 2011 jährlich zusätzlich 6 Millionen Euro.

- IT- und Kreativwirtschaft

Baden-Württemberg verfügt bereits heute über eine gute Basis in diesem Wirtschaftszweig, der derzeit einen Jahresumsatz von rund 50 Milliarden Euro erwirtschaftet. Allein an unseren Hochschulstandorten bieten fast 300 Studiengänge für Informationstechnologien und Medien hervorragende Ausbildungsbedingungen. Mit der Filmakademie Baden-Württemberg in Ludwigsburg ist die beste Filmhochschule Deutschlands im Südwesten zu Hause. Mit der 2008 verabschiedeten Filmkonzeption des Landes wurden wichtige Weichenstellungen vorgenommen und zugleich eine Erhöhung der Filmfördermittel um 3 Millionen Euro in 2009 und 2 Millionen Euro in 2010 und 2011 beschlossen.

Um den Medienstandort Baden-Württemberg zu stärken, baut das Land - durch die MFG Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg - ein landesweites Netzwerk „Kreativland Baden-Württemberg“ auf. Daneben konnte die MFG zwischen 2006 und 2011 rund 3,15 Millionen Euro Projektmittel im Rahmen von insgesamt 17 EU- und Bundesprojekten für das Land einwerben.

- Erfolgreiche Krisenbewältigung

Zur Bewältigung der Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise wurden von der Landes- und Bundesregierung enorme Anstrengungen unternommen, um Konjunkturprogramme aufzulegen und den Unternehmen zu helfen.

Der Bund stellte dem Land im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms 1,24 Milliarden Euro zur Verfügung, das Land mit dem Landesinfrastrukturprogramm insgesamt 431 Millionen Euro. So wurden im Rahmen beider Konjunkturprogramme rund 6.300 Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von 2,7 Milliarden Euro bewilligt. Durch die Schwerpunktsetzung - Bildung und Infrastruktur - investierte das Land gezielt in Zukunftsbereiche.

Das Land hat parallel sein Bürgschaftsvolumen massiv ausgeweitet. Sechs Großbürgschaften im Volumen von 302,6 Millionen Euro wurden durch den Wirtschaftsausschuss des Landtages bewilligt. Weitere 2.384 Bürgschaften mit einem Bürgschaftsvolumen von 288,6 Millionen Euro wurden durch die Bürgschaftsbank Baden-Württemberg bewilligt. Die Landesregierung gewährte eine Landesgarantie für L-Bank-Bürgschaften, die Anhebung der Zuständigkeitsgrenze für Bürgschaften der L-Bank auf 10 Millionen Euro wurde beschlossen. Ferner wurde der L-EA Mittelstandsfonds von 350 auf 500 Millionen Euro erhöht und der L-Bank Fonds L-MezzaFin von 100 auf 200 Millionen Euro aufgestockt. Dabei kamen die Bürgschaften insbesondere dem Mittelstand zu gute. Über 99 Prozent der bewilligten Bürgschaften gingen an diesen.

- Mittelstand stärken

Der Mittelstand ist das wirtschaftliche Herz Baden-Württembergs. Hier wird der Großteil der Wertschöpfung im Südwesten erwirtschaftet. Ernst & Young hat in seinem Mittelstandsbarometer 2010 dem Standort Baden-Württemberg die Bestnote vergeben. Platz 1 vor den anderen Ländern.

Mit dem 2007 aufgelegten und 2009 fortgeschriebenen Zukunftsprogramm Mittelstand stärkte das Land die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen nachhaltig. Im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung wurde daher in den Jahren 2009 und 2010 die Durchführung von Krisenberatungen gefördert, so dass der Mittelstand unbürokratisch Hilfe bekommen hat.

- Innovative Unternehmen für starkes Wachstum

Ein zentrales Kernelement der Wirtschaftspolitik der Landesregierung ist die Stärkung der Innovationskraft des Landes. In den Jahren 2006 und 2010 wurden zur bes-

seren Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft Ausschreibungen von Verbundforschungsprojekten in Höhe von 11 Millionen Euro durchgeführt. Die neu eingeführten Innovationsgutscheine für kleinere und mittlere Unternehmen tragen zu einem innovativen Mittelstand bei. Gleichzeitig verfügt Baden-Württemberg bereits heute über die höchste Innovationsfähigkeit innerhalb der Europäischen Union. Der Zukunftsatlas Branchen 2009 der Prognos AG weist Baden-Württemberg als Kraftzentrum Deutschlands aus.

- Netzwerke und Cluster für gemeinsames Wachstum

Wesentliches Element der Innovationspolitik der Landesregierung war und ist die Förderung und der Ausbau von Netzwerken und Clustern sowie deren gegenseitige Vernetzung über das „Clusterforum“. Mit Wettbewerben wurden neue, wichtige landesweite Cluster (z.B. für Mechatronik oder faserbasierte Werkstoffe) ins Leben gerufen, deren Aufbau mit rund 3 Millionen Euro gefördert wird. Gleiches gilt auch für den Aufbau von 20 regionalen Clustern, die in zwei Wettbewerben 2008 und 2010 ermittelt wurden und mit rund 4,6 Millionen Euro gefördert werden.

- Den Exportstandort Baden-Württemberg stärken

Die neue Landesmesse und die Regionalmessen sind wesentliche Triebfedern für die baden-württembergische Wirtschaft. Sie stützen die Internationalisierung der Wirtschaft und damit die Erschließung neuer Märkte. Dies sichert und schafft neue Arbeitsplätze im Land. Die neue Landesmesse ist äußerst erfolgreich gestartet. Seit dem Umzug der Landesmesse 2007 konnte der Umsatz deutlich gesteigert werden. Im Jahr 2010 betrug dieser über 110 Millionen Euro.

Deshalb war es auch richtig und konsequent, im Oktober 2010 zum zweiten Mal die GlobalConnect, Forum für internationale Kontakte und Investitionen, auf der Landesmesse durchzuführen. Die GlobalConnect ist die größte deutsche Außenwirtschaftsveranstaltung mit internationaler Ausstrahlung. Unter den 150 Ausstellern präsentierte sich Baden-Württemberg als innovativer und führender Wirtschaftsstandort in Europa.

- Für Baden-Württemberg werben

Auch die Werbe- und Sympathiekampagne „Wir können alles. Außer Hochdeutsch.“ reagierte auf die Wirtschafts- und Finanzkrise: Sie stellte noch stärker als in den Vorjahren die Leistungs- und Innovationsfähigkeit des Wirtschafts- und Forschungsstandorts in den Mittelpunkt ihrer Werbemaßnahmen. In Zukunft wird - unterstützt

von einer neuen Werbeagentur - auch der zunehmende Fachkräftemangel ein zentrales Thema der Kampagne sein, um den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg weiter zu stärken.

Standortwerbung ist ein wesentliches Ziel und Bestandteil der Reisen des Ministerpräsidenten ins Ausland. Dies gelingt besonders, wenn das Reiseprogramm wirtschaftspolitische Schwerpunkte enthält und die Begleitung durch eine Wirtschaftsdelegation umfasst. Mit den im Jahr 2010 erstmals veranstalteten Baden-Württemberg-Foren im Rahmen der Delegationsreisen des Ministerpräsidenten nach Saudi-Arabien/Katar und Südostasien wurde eine neue Veranstaltungsform entwickelt, die Standortwerbung mit Markterschließung verbindet.

Arbeit

Die starke und innovative baden-württembergische Wirtschaft sorgt für sichere Arbeitsplätze und lässt zugleich neue entstehen. Die Arbeitschancen in Baden-Württemberg sind groß. Dies bescheinigte die Studie der Bertelsmann-Stiftung „Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2010“ erst jüngst. Baden-Württemberg belegt in den Bereichen Einkommen, Beschäftigung und Sicherheit jeweils den ersten Platz.

Der derzeitige Aufschwung kommt bei den Menschen im Land an. Baden-Württemberg hat den besten Arbeitsmarkt in Deutschland und damit die niedrigste Arbeitslosenquote Deutschlands. Gleiches gilt auch für die Jugendarbeitslosigkeit. Den jungen Erwachsenen gelingt in Baden-Württemberg der Berufseinstieg schneller als sonst wo in Europa.

- Sicherung des Fachkräftebedarfs im Land

Die baden-württembergische Wirtschaft ist auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Daher hat die Landesregierung eine Fachkräfteinitiative ins Leben gerufen. Mit umfangreichen Maßnahmen wird damit die gesamte Bandbreite von der beruflichen Ausbildung bis zum MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) abgedeckt. Daneben hat Baden-Württemberg mit 35 Prozent den bundesweit höchsten Anteil an Studienabsolventen in den MINT-Fächern. Mit dem Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ wird ein Schwerpunkt unter anderem beim Ausbau von wirtschaftsnahen Studiengängen gesetzt, 4 von 10 Studienanfängerplätzen entstehen in den MINT-Fächern.

Um die Rahmenbedingungen für ausländische Fachkräfte zu verbessern, wurden auf Bundesebene ein besonderer Aufenthaltstitel für Forscher und Mobilitätsregeln für in einem anderen Mitgliedstaat zugelassene Studenten eingeführt. Ferner hat das „Aktionsprogramm der Bundesregierung – Beitrag der Arbeitsmigration zur Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland“ den Zugang von Hochqualifizierten und Akademikern sowie ihrer Familienangehörigen zum heimischen Arbeitsmarkt erleichtert, indem Mindesteinkommensgrenzen gesenkt und Ausnahmen von der Vorrangprüfung zugelassen wurden. Die Investitionssumme für Unternehmensgründungen ist überdies halbiert worden.

- Ausbildungsbündnis

Das 2007 ausgelaufene Ausbildungsbündnis wurde bis 2010 verlängert. Dabei gelang es, mit dem erfolgreichen Bündnis das Ziel der Schaffung von jährlich 7.600 neuen Ausbildungsplätzen und Anwerbung von jährlich 3.800 neuen Ausbildungsbetrieben zu übertreffen. Dieses Ausbildungsbündnis findet seine Fortsetzung im „Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung und des Fachkräftenachwuchses in Baden-Württemberg 2010 - 2014“, das im Dezember 2010 abgeschlossen worden ist. Neuer Partner im Bündnis sind die Gewerkschaften. Ziel des Bündnisses ist es, jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen ein Angebot zu unterbreiten. Dabei hat die duale Ausbildung Vorrang. Inhalte sind die Stärkung der Attraktivität des dualen Systems, die Verbesserung der Ausbildungsreife und die Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze. Daneben ist auch ein neuer Schwerpunkt des Bündnisses die Sicherung des künftigen Fachkräftenachwuchses.

- Gleiche Chancen für Frauen und Männer

Die Landesregierung fördert mit vielfältigen Maßnahmen die Chancen von Frauen am Arbeitsmarkt. Dazu zählen unter anderem das Landesprogramm „Kontaktstellen Frau und Beruf“, die Initiativen „Frauen in Naturwissenschaft und Technik“ und „Frauen in MINT-Berufen in Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung“ sowie Veranstaltungen wie „Girls' day Akademien“.

Baden-Württemberg zählt zu den zwei Bundesländern mit der höchsten Frauenerwerbsquote. Sie betrug 2009 69,7 Prozent und lag damit 3,5 Prozent über dem Bundesdurchschnitt.

Das Land hat sich die Umsetzung der Chancengleichheit zum Ziel gesetzt. Ablesbar wird dies unter anderem an dem Anstieg des Frauenanteils in nahezu allen Besoldungs- und Entgeltgruppen und zwar gerade auch bei Positionen mit Vorgesetzten- und Leitungsaufgaben.

- Verbesserungen für Arbeitssuchende

Bei der Neuordnung der Grundsicherung für Arbeitssuchende hat sich Baden-Württemberg dafür eingesetzt, dass die Beratung und Vermittlung für die Betroffenen optimal ausgerichtet ist. Dabei stand die Sicherung und Transparenz der Leistung für Arbeitssuchende im Vordergrund. Durch eine klare Zuordnung der Kompetenz, können Arbeitssuchende schneller wieder in neue Arbeitsverhältnisse vermittelt werden.

- Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte

In großem Umfang hat die Landesregierung die Zugangswege zu den staatlichen Hochschulen erweitert und so die Durchlässigkeit zwischen dem System der beruflichen Bildung und dem System der Hochschulbildung weiter gestärkt. Ein Meilenstein war die Erleichterung des Hochschulzugangs für Berufstätige ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung im Wintersemester 2006/07. Meistern und gleichwertig Fortgebildeten eröffnete sich erstmals der offene fachgebundene Hochschulzugang ohne Eignungsprüfung. Im Juni 2010 beschloss der Landtag das Gesetz zur Verbesserung des Hochschulzugangs beruflich Qualifizierter und der Hochschulzulassung. Nun können Meister und Berufstätige mit gleichwertiger beruflicher Fortbildung den allgemeinen Hochschulzugang erhalten. Auch andere beruflich Qualifizierte können unter bestimmten Voraussetzungen ein ihrer Berufsausbildung und -tätigkeit fachlich entsprechendes Studium aufnehmen.

Bildung

Ziel der Landesregierung ist es, dass der Aufstieg durch Bildung in Baden-Württemberg für jedes Kind unabhängig vom Elternhaus möglich sein soll. Das hoch differenzierte, durchlässige, begabungsgerechte und gegliederte Schulwesen bietet dafür die besten Voraussetzungen. Statt teurer Strukturreformen setzte und setzt die Landesregierung Ressourcen konsequent für Qualitätsverbesserungen ein. Zentrales Ziel bleibt es, Unterrichtsqualität und Lernbedingungen in den Schulen stetig weiter zu verbessern und den Bildungsvorsprung Baden-Württembergs somit auszubauen.

Daher hat die Landesregierung trotz rückläufiger Schülerzahlen in der laufenden Legislaturperiode keine Stellen von Lehrkräften abgebaut. Im Gegenteil, das Land weist derzeit den historischen Höchststand von rund 93.000 Lehrstellen auf. Damit hat Baden-Württemberg unter den alten Flächenländern die beste Schüler-Lehrer-Relation.

Der große Stellenwert des Bildungswesens schlägt sich ebenfalls in den Ausgaben für das Bildungswesen nieder. Baden-Württemberg gibt den bundesweit größten Anteil am Gesamtetat des Landes für Bildung (inkl. Jugendarbeit und Kindertageseinrichtungen) aus: 41,58 Prozent. Nirgendwo sonst in Deutschland wird soviel in Bildung investiert.

Die Bildungspolitik des Landes konnte in vielen Bildungsvergleichen Spitzenplätze erreichen. Baden-Württemberg belegte beim Bildungsmonitor 2010 der Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ den ersten Platz der westdeutschen Länder. Ebenfalls erfolgreich schnitt Baden-Württemberg bei der KMK-Bildungsvergleichsstudie zur Überprüfung der Bildungsstandards für den Mittleren Schulabschluss ab. In vier von fünf Bereichen wurde der zweite Platz in Deutschland belegt.

Baden-Württemberg hat deutschlandweit die niedrigste Quote an Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss. Sie liegt derzeit auf dem niedrigsten Stand seit 25 Jahren bei 5,5 Prozent. Rechnet man hierbei die Förderschüler heraus, die gar keinen Hauptschulabschluss anstreben, so beenden nur rund zwei Prozent der Schüler ihre Schullaufbahn ohne Abschluss.

Zentrale Bedeutung für die Landesregierung hat bei allen Maßnahmen in der Bildungspolitik die Entkoppelung des Zusammenhangs von sozialer Herkunft und Bildungserfolg sowie die Bestrebungen nach gemeinsamer Bildung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen.

Schwerpunkt Frühkindliche Bildung

Die Landesregierung hat umfangreiche Maßnahmen zur Frühkindlichen Bildung in die Wege geleitet. Diese werden in das Gesamtkonzept zur Frühkindlichen Bildung integriert. Kernelemente dieses Konzeptes sind:

- Der Orientierungsplan

Mit der flächendeckenden Einführung des Orientierungsplans erfolgt eine wesentliche Stärkung der frühkindlichen Bildung.

- Gezielte Sprachförderung

Mit dem aktuellen Kindergartenjahr (2010/2011) erfolgt die Finanzierung der Sprachförderung durch das Land. Das Finanzvolumen betrug im Jahr 2010 3 Millionen Euro und für das Jahr 2011 liegt es bei 10 Millionen Euro.

- Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige

Die Bildungshäuser ermöglichen eine durchgängige Bildungseinrichtung für Drei- bis Zehnjährige und tragen damit wesentlich zum Bildungserfolg der Kinder in Baden-Württemberg bei. Neben den bereits bestehenden 33 Bildungshäusern entstehen derzeit 156 neue Bildungshäuser, die im Rahmen des Nachtragshaushalts 2011 zusätzliche Finanzmittel erhalten.

- „Singen-Bewegen-Sprechen“

Das vom Kabinett im Mai 2010 verabschiedete Programm „Singen-Bewegen-Sprechen“ startete erfolgreich am 1. Oktober 2010. Insgesamt wird es bis zu 1.000 Kooperationen zwischen Kindergärten und Musikschulen / Laienmusik geben (insgesamt für ca. 20.000 Kinder). Ab dem Jahr 2011 erfolgt die sukzessive Ausweitung um jeweils einen weiteren Jahrgang bis zum letzten Grundschuljahrgang. Damit umfasst das Programm in der Endausbaustufe Kinder im Alter von vier bis zehn Jahren.

- Entkoppelung des Zusammenhangs von sozialer Herkunft und Bildungserfolg

Eine zentrale Rolle zur Erreichung dieses Ziels spielt der Ausbau der frühkindlichen Bildung. Beispielhaft kann auch auf Maßnahmen wie „Sommerschulen Baden-Württemberg“, das Pilotprojekt „Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus“ und den Ausbau des Stuttgarter Projekts „Migranten machen Schule!“ zu einem Landesprojekt verwiesen werden.

Qualitätsoffensive Bildung

Mit der Qualitätsoffensive Bildung werden bis 2012 rund 530 Millionen Euro für bestmögliche Lernbedingungen an Schulen investiert. Wesentliche Elemente der Qualitätsoffensive Bildung sind die folgenden Maßnahmen:

- Schrittweise Absenkung des Klassenteiles auf 28

Zum kommenden Schuljahr 2011/2012 wird der Klassenteiler in allen Schulen - ausgenommen die Grundschule - weiter abgesenkt, auf dann 30 Schüler. Damit muss keine Klasse mehr mit über 30 Schülern gebildet werden. Die Senkung des Klassenteilers in der Grundschule auf 28 Schüler wurde zum Schuljahr 2010/2011 bereits vorgezogen. Damit wurden im Bereich der Grundschule 810 neue Lehrerstellen geschaffen.

- Qualitative Weiterentwicklung der Hauptschule und die Weiterentwicklung der Hauptschule zur Neuen Werkrealschule

Mit der Werkrealschule neuen Typs wurde zum Schuljahr 2010/2011 ein praxisnaher, mit der beruflichen Bildung verzahnter Weg zu einem mittleren Bildungsabschluss geschaffen. Zu Beginn des aktuellen Schuljahres starteten 525 Werkrealschulen erfolgreich, weitere 31 werden voraussichtlich zum kommenden Schuljahr hinzukommen.

- Schaffung zusätzlicher Ressourcen im Umfang von rund 4.000 Lehrerstellen / weitere Maßnahmen

Weitere Maßnahmen der Qualitätsoffensive Bildung sind die Stärkung der Führungsqualität durch systematische Personalentwicklung, Schaffung von Beförderungsmöglichkeiten für 20 Prozent der Hauptschullehrkräfte, Verbesserung der Betreuungsqualität und Ausbau der Ganztagschulen, Entwicklung von Netzwerken mit Schulen durch Bildungsregionen und die Erhöhung der Ausbildungskapazitäten für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Insgesamt wurden Ressourcen im Umfang von rund 4.000 Lehrerstellen geschaffen.

Schule weiter verbessert

- Pädagogische Weiterentwicklung und Verbesserung des G8

Vor dem Hintergrund der Umstellung des Gymnasiums auf einen achtjährigen Bildungsgang erfolgte im Lauf der zu Ende gehenden Legislaturperiode eine Reihe von Optimierungsmaßnahmen. Unter anderem mit einer Stundenentlastung für Schüler, dem Ausbau der Hausaufgabenbetreuung und mehr individueller Förderung wurde das achtjährige Gymnasium weiterentwickelt und an die Bedürfnisse der Schüler besser angepasst.

- Vorbereitet auf den Abiturjahrgang 2012

In Bezug auf Vorbereitung und Folgefragen des gemeinsamen Abiturjahrgangs 2012 wurden ein Bündel von Maßnahmen eingeleitet und Vorkehrungen getroffen, so z. B. die Gestaltung der gemeinsamen Prüfungsaufgaben, die angemessene Lehrerzuweisung und die Sonderzuweisungen für erhöhten Aufwand bei Beratung, Stundenplangestaltung und Organisation, Durchführung der Abiturprüfung sowie Korrekturverfahren.

- Kontinuierlicher Ausbau von Ganztagschulen

Ziel ist die Schaffung eines flächendeckenden und bedarfsorientierten Netzes von Ganztagschulen. Insgesamt gab es 2009/10 1.159 öffentliche und private Ganztagschulen (KMK-Definition). Bereits jetzt sind 22 Prozent aller öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg Ganztagschulen. Der Anteil liegt derzeit bei den Grundschulen bei 12 Prozent, bei Hauptschulen bei 33 Prozent, bei Realschulen bei 18 Prozent, bei Gymnasien bei 41 Prozent und bei Sonderschulen bei 37 Prozent.

- Jugendbegleiter-Programm

Das Jugendbegleiter-Programm, das im aktuellen Schuljahr an 1.272 Schulen im Programm ist und an dem über 15.000 Jugendbegleiter im Einsatz sind, ist ein wichtiges Element des Ganztagschulkonzeptes. Ein flächendeckendes, bedarfsorientiertes Angebot soll es bis zum Jahr 2016 geben. Die Resonanz ist positiv: In der aktuellen Evaluation 2009/2010 stiegen die sehr positiven und positiven Bewertungen des Programms gegenüber dem Vorjahr erneut an und liegen jetzt bei 81 Prozent.

- Sonderpädagogische Förderung und Inklusion

Zur Steigerung von Flexibilität, Aktivität und Teilhabe im Bereich der Förderung von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf wurden eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt bzw. auf den Weg gebracht. Zentrales Thema war und ist die Neukonzeption der sonderpädagogischen Förderung vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention und auf der Grundlage der Empfehlungen eines vom Kultusministerium berufenen Expertenrates. An allen Schulen sollen bereits bestehende Möglichkeiten des gemeinsamen Unterrichts ausgebaut und inklusive Bildungsangebote verstärkt realisiert werden.

- Ausweitung der Pädagogische Assistenten

Derzeit sind knapp 600 Pädagogische Assistenten an Hauptschulen/Werkrealschulen tätig. Mit der Ausweitung des Programms auf die Grundschulen zum Schuljahr 2010/11 sind dort ca. 400 weitere Pädagogische Assistenten eingesetzt.

- Neustrukturierung der Lehramtsstudiengänge

Die Lehramtsausbildung wurde neu strukturiert und dabei entlang der schulischen Praxis weiterentwickelt. Die gemeinsame Ausbildung von Grund- und Hauptschullehrern wird ersetzt durch einen neuen Studiengang für die Grundschule sowie einen für Haupt-, Werkreal- und Realschule. Die Lehramtsstudiengänge für Grundschule, Haupt-, Werkreal- und Realschule haben künftig eine Regelstudienzeit von jeweils acht Semestern. Die Regelstudienzeit für das Lehramtsstudium Sonderpädagogik wird von acht auf neun Semester erhöht. Die Verlängerung der bisherigen Studienzeiten resultiert aus den gewachsenen Anforderungen an zukünftige Lehrkräfte.

- Privatschulförderung

Die Zuschussleistungen an die so genannten Kopfsatzschulen im allgemein bildenden und beruflichen Bereich haben sich in den vergangenen Jahren stetig erhöht. Mit der Novellierung des Privatschulgesetzes 2008 erfolgte bereits eine Zuschussanhebung auf einen einheitlichen Kostendeckungsgrad von 70,5 Prozent. 2010 wurde mit einer weiteren Änderung des Privatschulgesetzes eine erneute Anpassung auf einen Kostendeckungsgrad von 70,5 Prozent vorgenommen, nachdem dieser aufgrund überproportional steigender Kosten je Schüler/in an öffentlichen Schulen abgesunken war.

Berufliche Bildung

Eine tragende Funktion im Hinblick auf Durchlässigkeit, Effizienz und Gerechtigkeit des baden-württembergischen Bildungssystems spielten die Fortentwicklung im Bereich der beruflichen Bildung, etwa bei der Ausgestaltung des Übergangs von Schule in den Beruf oder beim Ausbau der Hochschulzugänge über berufliche Schulen.

Die beruflichen Schulen tragen in Baden-Württemberg maßgeblich mit zur Durchlässigkeit des Schulsystems bei.

- Ausbau und Weiterentwicklung beruflicher Gymnasien

Neben neuen Profilen, wie z.B. das biotechnologische Profil wurde der Ausbau der beruflichen Gymnasien vorangetrieben. Seit dem Schuljahr 2005/2006 wurden 100 neue Klassen an den beruflichen Gymnasien eingerichtet. Zum Schuljahr 2011/2012 werden weitere 100 neue Klassen und damit 17 neue Standorte eingerichtet.

Weiterbildung und Lebenslanges Lernen

Anfang 2011 wurde zwischen der Landesregierung und zahlreichen Akteuren der Weiterbildung und des Lebenslangen Lernens das „Bündnis für Lebenslanges Lernen“ geschlossen. Das Bündnis soll für die Bedeutung und Notwendigkeit von lebenslangem und lebensbegleitendem Lernen Erwachsener werben und die im Land vorhandenen Strukturen der Weiterbildung weiter stärken. Darüber hinaus wird das Bündnis dazu dienen, die Empfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“ aus dem Bereich der Weiterbildung umzusetzen.

Hochschule

Baden-Württembergs Hochschullandschaft ist einmalig in Deutschland. Mit insgesamt 71 Hochschulen hat Baden-Württemberg die höchste Anzahl an Hochschulen im Ländervergleich. Aber nicht nur bei der Anzahl der Hochschulen ist Baden-Württemberg Spitze, auch die Studienanfängerquote im Land ist eine der höchsten bundesweit. Bei der Betreuungsrelation steht Baden-Württemberg, gemeinsam mit Bayern, an den Universitäten mit jeweils 14,7 Studierenden je Wissenschaftler (ohne drittmittelfinanziertes Personal), an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften mit 19,5, bundesweit an der Spitze.

- Hervorragende Bilanz der Exzellenzuniversitäten

Mit vier von neun deutschen Elite-Universitäten in Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe und Konstanz ist Baden-Württemberg das erfolgreichste Land in der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern. Acht Landesuniversitäten werden im Rahmen der Exzellenzinitiative gefördert. Dabei sind auch erhebliche finanzielle Anstrengungen des Landes erforderlich: Im Landeshaushalt wurden in den Jahren 2006 bis 2010 insgesamt 105 Millionen Euro bereitgestellt; ab 2011 sind jährlich 29 Millionen Euro veranschlagt.

- Ausbauprogramm „Hochschule 2012“

Absolventinnen und Absolventen des Abiturjahrganges 2012 sollen ebenso gute Chancen auf einen Studienplatz haben wie frühere Jahrgänge. Deshalb hat die Landesregierung das Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ beschlossen. Es umfasst

20.000 zusätzliche Studienanfängerplätze in Baden-Württemberg. Das entspricht der Kapazität von drei großen Universitäten. Der Ausbau orientiert sich am Bedarf des Arbeitsmarktes, soll aber gleichzeitig ein breites Spektrum an Studienmöglichkeiten bieten. Im Endausbau werden hierfür rund 206 Mio. Euro jährlich zusätzlich eingesetzt.

Damit die Studierenden gut betreut werden können, sind im Ausbauprogramm zusätzliche 1.500 Stellen für Lehrende enthalten. Das Geld wird auch für mehr Räume und bessere Infrastruktur verwendet. Ergänzt wird das Programm „Hochschule 2012“ von dem zwischen Bund und Ländern geschlossenen „Hochschulpakt 2020“. Er sieht in den Jahren 2007 bis 2015 Bundesmittel in Höhe von 4,7 Milliarden Euro vor. Das Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ ist so umfangreich geplant, dass es trotz Aussetzens der Wehrpflicht ausreichen wird.

In Tuttlingen, Schwäbisch Hall und Heilbronn wurden dank des finanziellen Engagements der Region neue Hochschulstandorte ins Leben gerufen.

- Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Im Karlsruher Institut für Technologie haben wir 2009 das Potential der Universität Karlsruhe und des Forschungszentrums Karlsruhe gebündelt und die größte wissenschaftliche Einrichtung in Deutschland mit weltweiter Sichtbarkeit geschaffen. Bund und Land haben damit einen wichtigen Schritt unternommen, um die hergebrachte Teilung des deutschen Forschungssystems in Universitäten und außeruniversitäre Einrichtungen zu überwinden.

- Weiterentwicklung der Berufsakademie zur Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW)

Mit der Weiterentwicklung der Berufsakademie zur Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) und deren Gründung am 1. März 2009 wurde das baden-württembergische Erfolgsmodell der Berufsakademien konsequent und zukunftsfähig fortentwickelt. Es gelang, die duale Hochschulausbildung als eigenständige Säule des tertiären Bildungsbereichs im Land zu etablieren. Die DHBW verbindet als bundesweit einzige Hochschule eine betriebliche Ausbildung mit einem akademischen Studium. Mit ca. 26.000 Studierenden zählt sie zu den größten Hochschulen des Landes. Im Rahmen von „Hochschule 2012“ wurde sie - neben den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften - überproportional ausgebaut.

- Reform der Universitätsmedizin 2011

Die Universitätsmedizin in Baden-Württemberg bietet Spitzenleistungen. Das neue Universitätsmedizingesetz des Jahres 2011 trägt zu einer noch engeren Verzahnung von Krankenversorgung, medizinischer Forschung und Ausbildung bei. Zugleich wird die Stellung des Landes als Gewährträger gestärkt.

- Hochschulfinanzierung auf festem Fundament

Mit zwei Solidarpakten gab das Land einzigartige Garantien über finanzielle Rahmenbedingungen. Der Solidarpakt I galt bis zum Jahr 2007. Der Solidarpakt II führt ihn bis zum 31. Dezember 2014 fort. Damit wurde die Finanzierung des gesamten Hochschulbereichs und der Hochschulmedizin auf ein solides Fundament gestellt. Die Hochschulen haben langfristige finanzielle Planungssicherheit erhalten, verbunden mit der Zusage, dass das Land die Tarifsteigerungen im Personalbereich übernimmt.

- Bauinvestitionen

Baden-Württembergs Hochschulen erleben derzeit einen nie dagewesenen Bau-boom: 400 Millionen Euro wurden im Jahr 2010 investiert, 2011 werden sogar 450 Millionen Euro investiert, der höchste Wert seit dem Wiederaufbau der Nachkriegsjahre.

Sanierung und Modernisierung des Gebäudebestandes stehen im Vordergrund; es werden aber ebenso - teils unterstützt durch den Bund - Neubauten in Zukunftsfeldern in Angriff genommen. Exemplarische Projekte waren BIOQUANT in Heidelberg (28 Millionen Euro), die materialwissenschaftlichen Zentren der Universität Freiburg und des KIT (rund 58 Millionen Euro), der Neubau für biochemische und biomedizinische Grundlagenforschung der Universität Ulm (rund 30 Millionen Euro).

Forschung

Investitionen in die Forschung sind Investitionen in die Zukunft. Sie sichern die Produkte von morgen und damit Arbeit und Wohlstand der Menschen in Baden-Württemberg. Sowohl das Gutachten zu den wirtschaftlichen Chancen Baden-Württembergs von McKinsey/IAW als auch der Innovationsrat haben dies bestätigt.

Über 4 Prozent (2008) des Bruttoinlandsprodukts fließen in Baden-Württemberg in Forschung und Entwicklung - in kaum einer Region der Welt wird mehr aufgewendet. Zugleich liegt das Land mit 144 Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner erneut auf Platz 1 in Deutschland. Die Landesregierung investiert - um diesen Vorsprung zu halten - weiter in die Forschung. Ganz aktuell wurden im Rahmen des dritten Nachtragshaushaltes 2011 60 Millionen für die wichtigen Zukunftsbereiche beim wirtschaftlichen Wachstum bereitgestellt.

- Höchstleistungsrechnen im internationalen Maßstab

Für die Lösung der großen Herausforderungen wie Klimawandel, Energieversorgung, Genomforschung und Ressourceneffizienz spielen rechnerische Simulation und Modellierung eine bedeutende Rolle. Baden-Württemberg verfügt über eine international herausragende Höchstleistungsrechner-Infrastruktur für Wissenschaft und Forschung. Sie wird regelmäßig erneuert. Das 2010 beschlossene laufende Modernisierungsprogramm umfasst Investitionen von 236 Millionen Euro, insbesondere an den Spitzenstandorten Stuttgart und Karlsruhe.

- Spitzenreiter bei der Einwerbung von Drittmittel

Die Forschungsstärke der Hochschulen zeigt sich auch bei den Drittmiteleinnahmen. Es wurde ein neuer Rekord von 829 Millionen Euro erreicht. Die Zahl der Stiftungsprofessuren erreicht mit 122 im Jahr 2009 ebenfalls einen Höchststand. Im Wettbewerb um EU-Mittel ist Baden-Württemberg mit Abstand das erfolgreichste Bundesland. 672 Millionen Euro warb das Land im 6. Forschungsrahmenprogramm ein, davon flossen 225 Millionen Euro an die Hochschulen. Das KIT konnte 2009 einen der größten europäischen Verbünde für Forschung, Lehre und Innovation, das „KIC InnoEnergy“ einwerben.

- Fachhochschulen als regionale Innovationszentren

Baden-Württemberg entwickelt die Fachhochschulen zu „Hochschulen für angewandte Wissenschaften“ weiter. Dazu gehört die Förderung „Kooperativer Promotionskollegs“ mit Universitäten und die Unterstützung von Doktorarbeiten ausgezeichneter Fachhochschulabsolventen. Zur Stärkung des Technologietransfers wurden Zentren für Angewandte Forschung an den Hochschulen Aalen, Pforzheim, Karlsruhe und Ulm sowie - neu - in Mannheim und Ravensburg-Weingarten eingerichtet.

- Erfolgreiches Abschneiden beim Spitzencluster-Wettbewerb des BMBF und beim Wettbewerb um die Deutschen Zentren für Gesundheitsforschung

Initiativen aus dem Land konnten bisher über 120 Millionen Euro im Spitzencluster-Wettbewerb einwerben. Die Metropolregion Rhein-Neckar war mit zwei lebenswissenschaftlichen Initiativen 2008 erfolgreich. Im Januar 2010 setzte sich auch „Micro-TEC Südwest“ durch. Das Karlsruher CyberForum e.V. ist Teil des Spitzenclusters „Software-Innovationen für das Digitale Unternehmen – Darmstadt, Kaiserslautern, Karlsruhe, Saarbrücken, Walldorf“. Jüngstes Beispiel für die Leistungsfähigkeit der medizinischen Forschung im Land ist der überragende Erfolg der Universitäten Tübingen, Heidelberg und Freiburg im BMBF-Wettbewerb zur Gründung von Nationalen Gesundheitsforschungszentren, mit denen die großen Volkskrankheiten wirkungsvoller bekämpft werden sollen.

- Forschung für neue Produkte

Wesentlich mitentscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg ist der erfolgreiche Transfer von Forschungsergebnissen in marktfähige Produkte. Dabei spielen neben den Hochschulen die außeruniversitären öffentlichen Forschungseinrichtungen eine wichtige Rolle. Um diese zu stärken, hat das Land in den Jahren 2009/2010 für die Institute der Innovationsallianz Baden-Württemberg, der Fraunhofer-Gesellschaft und des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt ein Investitionsvolumen von über 135 Millionen Euro auf den Weg gebracht.

- Innovationsrat Baden-Württemberg

Der Innovationsrat hat wichtige Impulse für den Technologietransfer gegeben und Strategien gegen den Fachkräftemangel formuliert. Zentrale Empfehlungen des Innovationsrats werden umgesetzt. Auf dem Höhepunkt der Wirtschafts- und Finanzkrise hat das Land ein MINT-Sofortprogramm aufgelegt und Beschäftigungsmöglichkeiten für Absolventen technischer und naturwissenschaftlicher Fächer im Hochschulbereich geschaffen. Mit Projekten wie „Industrie auf dem Campus“ und der Förderung der Verbundforschung wurde der Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft gestärkt.

Kinderland

Ein seit dem Jahr 2006 noch stärker verfolgtes Ziel der Landesregierung ist es, Baden-Württemberg weiter zum „Kinderland“ auszubauen. Dies erfordert ein ressortübergreifendes, ganzheitliches Politikverständnis unter dem Leitmotiv der Kinder- und Familienfreundlichkeit.

Das Land ist hier auf einem sehr guten Weg. In allen Ressorts gab und gibt es zahlreiche Aktivitäten und Initiativen zur weiteren Umsetzung des Kinderlands.

- Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Ein ganz wesentlicher Baustein des Kinderlands ist die nachhaltige Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, unter anderem durch den bedarfsgerechten und qualitätsorientierten Ausbau der Betreuungsangebote insbesondere für Kinder unter drei Jahren. Seit dem Jahr 2009 stellt das Land mit 60 Millionen Euro erheblich mehr Landesmittel für die Förderung der Betriebskosten der Einrichtungen bereit. Bis 2014 wird dieser Betrag auf 175 Millionen Euro ansteigen. Damit wurden seit dem Jahr 2003 die Mittel für die Kinderbetreuung verzehnfacht. Außerdem sind 2009 wichtige Neuregelungen des Kindertagesbetreuungsgesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes in Kraft getreten, die insbesondere die Förderung auf eine neue Grundlage stellen.

- Bedarfsgerechter Ausbau der Kleinkindbetreuungsplätze

Hier konnten in der 14. Legislaturperiode sehr erfolgreiche Entwicklungen angestoßen werden. So wurde die Versorgungsquote bis März 2010 von rund 6 Prozent im Jahr 2004 auf mittlerweile über 18 Prozent gesteigert. Damit liegt die Entwicklung im Rahmen des mit den kommunalen Landesverbänden im Jahr 2007 vereinbarten Ausbauplans. Dieser Plan sieht vor, bis zum Jahr 2013 für rund ein Drittel der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze bereit zu stellen.

- Unterstützung junger und einkommensschwacher Familien

Baden-Württemberg unterstützt junge, einkommensschwache Familien nach dem Auslaufen des Elterngeldes mit dem einkommensabhängigen Landeserziehungsgeld. Ferner werden Eltern von neugeborenen Kindern bei der Stärkung ihrer Elternkompetenzen im Rahmen des Programms STÄRKE unterstützt. Hierfür stellt die Landesregierung seit 2009 jährlich 4 Millionen Euro bereit.

- Kinderschutz gewährleisten

Neben der Unterstützung der Eltern bei der Kindererziehung ist der Kinderschutz ein wesentliches Anliegen der Landesregierung. Mit dem seit 2009 geltenden Kinderschutzgesetz wurde unter anderem die verpflichtende Teilnahme an allen Kinderfrüherkennungsuntersuchungen eingeführt. Flankiert wird dies durch das Kinderschutzkonzept der Landesregierung. Die gleiche Zielrichtung hat die Qualifizierungsoffensive Kinderschutz, die durch eine verstärkte Qualifizierung der in der Jugendhilfe tätigen Fachkräfte den Kinderschutz weiter stärkt.

Gerade die neuen Medien stellen Kinder und Jugendliche vor neue Herausforderungen und stellen zugleich zentrale Schlüsselqualifikationen für den späteren Erfolg in Beruf und Gesellschaft dar. Daher fördert das Land die Initiative Kindermedienland, die der Stärkung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen dient, mit rund 4,3 Millionen Euro.

- Jugendarbeit fördern

Kinder und Jugendliche brauchen Platz für ihre freie Entfaltung. Diesen können sie unter anderem im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit erhalten. Daher hat die Landesregierung 2007 gemeinsam mit den fünf Landesverbänden der Kinder- und Jugendarbeit das „Bündnis für die Jugend“ vereinbart. Kern dessen sind bessere Rahmenbedingungen für die Kinder- und Jugendarbeit.

Starke Sicherheitspartnerschaft zwischen Bürgern und Staat

Baden-Württemberg zählt gemeinsam mit Bayern zu den sichersten Ländern Deutschlands. Die Zahl der Straftaten ist von 2006 bis 2010 um rund 38.000 Fälle gesunken. Um diesen Spitzenplatz zu untermauern, hat die Landesregierung umfangreiche Maßnahmen unternommen, um Baden-Württemberg noch sicherer zu machen.

- Gegen Jugendgewalt - Schwerpunkt Prävention

Die Anstrengungen zur Bekämpfung der Jugendgewalt zeigen Erfolge. Gewaltdelikte, die von jungen Menschen begangen wurden, sind in den letzten beiden Jahren zurückgegangen. Dabei spielte bei jeder dritten Gewalttat von jungen Menschen Alkoholkonsum eine Rolle. Daher setzt die Polizei maßgeblich auf Prävention. Mittels

einer abgestimmten, behördenübergreifenden Intervention wird das Ziel verfolgt, frühzeitig und konsequent auf wiederholte bzw. erhebliche Delinquenz junger Menschen zu reagieren und kriminelle Karrieren möglichst zu beenden bzw. erst gar nicht entstehen zu lassen. Dabei fokussieren sich die polizeilichen Maßnahmen auf sog. „Jugendliche Intensivtäter“ (JUGIT) und verstärkt bereits auf sog. „Schwellentäter“. Eine weitere Maßnahme ist das Alkoholverkaufsverbot in der Zeit von 22.00 bis 05.00 Uhr an allen Verkaufsstellen wie Tankstellen, Kiosken oder Supermärkte.

- Terrorismus aktiv begegnen

Die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus hat während der gesamten Legislaturperiode angehalten und sich zuletzt noch weiter verschärft. Der gewaltbereite Islamismus bzw. islamistische Terrorismus wird mit einem ganzheitlichen und langfristig angelegten offensiven Konzept in Baden-Württemberg intensiv bekämpft.

Durch die Einrichtung der „Zentralen Ermittlungs- und Fahndungseinheit islamistischer Terrorismus“ (ZEFIT) beim Landeskriminalamt und den „regionalen Ermittlungsgruppen islamistischer Terrorismus“ (REGIT) bei den Landespolizeidirektionen und dem PP Stuttgart wurde die Terrorismusbekämpfung in der Fläche gezielt verstärkt. Baden-württembergische Ermittler haben maßgeblich zur Festnahme der sogenannten „Sauerland-Gruppe“ im Jahr 2007 beigetragen. Auch im Bereich des Verfassungsschutzes wurde die Bekämpfung des internationalen islamistischen Extremismus und Terrorismus durch ein Bündel an Maßnahmen intensiviert und im Zuge dessen 14 neue Stellen geschaffen.

Mit der Universität Tübingen wurde seitens der Stabsstelle der Staatsrätin für interkulturellen und interreligiösen Dialog zudem eine internationale Expertentagung zum Thema „Prävention von Radikalisierungsprozessen“ ausgerichtet, die Maßnahmen verschiedener Staaten verglich und auswertete.

- Gegen Internet- und Computerkriminalität

Mit einer umfassenden Aus- und Fortbildungsinitiative innerhalb der Polizei, dem Ausbau und der Fortentwicklung eines Internetkompetenzzentrums beim Landeskriminalamt, der Einrichtung einer TKÜ-Zentrale beim Landeskriminalamt und der Einstellung externer IuK-Experten (siehe „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen“) wurden die notwendigen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Bekämpfung dieses Deliktsbereiches geschaffen.

- Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen

Der Sonderausschuss des Landtags hat in seinem Abschlussbericht zahlreiche Handlungsempfehlungen begründet. Aufgrund dieser Empfehlungen wurden zur weiteren Stärkung des spezifischen Expertenwissens und der Internetkompetenz der Polizei 15 Neustellen für IuK-Experten bewilligt.

Mit der Änderung des Waffengesetzes im Juli 2009 wurden den Waffenbehörden erweiterte Rechte eingeräumt, die gesetzlich vorgeschriebene sichere Aufbewahrung von Waffen und Munition durch die Waffenbesitzer zu kontrollieren.

Allein in Baden-Württemberg wurden bei den Waffenbehörden und Polizeidienststellen rund 53.000 Waffen abgegeben, darunter rund 7.000 illegale.

Als eines der Ergebnisse des Sonderausschusses wurde die Schaffung von 100 zusätzlichen Schulpsychologen angeregt. In einer ersten Tranche stellte das Land im September 2010 30 Schulpsychologinnen und -psychologen ein. In zwei weiteren Tranchen werden weitere 70 Schulpsychologen eingestellt.

Weitere Maßnahmen wie die Gewaltprävention bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, bessere Sicherheitsmaßnahmen an Schulen, die Gewaltprävention nach Dan Olweus und die Stärkung der Medienpädagogik wurden eingeleitet.

- Sicherer Straßenverkehr

In der vergangenen Legislaturperiode konnte in Baden-Württemberg bei den Verkehrstoten ein Rückgang von 28,04 Prozent und bei den Verletzten ein Rückgang von 16,21 Prozent verzeichnet werden. Die Polizei hat hierzu durch eine gezielte Bekämpfung der Hauptunfallursachen, z.B. Geschwindigkeitsüberwachung, sowie eine zielgruppen- und ursachenorientierte Verkehrsunfallprävention einen maßgeblichen Beitrag geleistet.

- Modernisierung der Bewährungshilfe

Mit der Übertragung der Bewährungshilfe im Jahr 2007 auf einen privaten Träger wurde die Einführung landesweit einheitlicher Qualitätsstandards vorangetrieben. Die Bewährungshilfe ist seither mit moderner EDV ausgestattet. Durch den privaten Träger sind bereits 40 neue Stellen für hauptamtliche Bewährungshelfer geschaffen worden und bereits 400 Ehrenamtliche konnten für die Bewährungshilfe gewonnen werden.

- Schutz vor rückfallgefährdeten Sexualstraftätern ausgebaut

Mit dem Konzept zum Umgang mit rückfallgefährdeten Sexualstraftätern (KURS) hat die Landesregierung den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Sexualstraftätern weiter ausgebaut.

- Zugbegleiter im SPNV-Verkehr

Um im öffentlichen Personennahverkehr für mehr Sicherheit zu sorgen, plant die Landesregierung bei künftigen Ausschreibungen im SPNV Zugbegleiter ein.

- Striktes Durchgreifen bei Missbrauch des Aufenthaltsrechts

Das Land hat ein besonderes Augenmerk auf die Aufenthaltsbeendigung von Ausländern, die ihren Aufenthalt für Straftaten missbrauchten und so ihr Gastrecht verwirkt haben, gerichtet. Insgesamt wurden 5.237 straffällige Personen ausgewiesen und 2.734 abgeschoben.

- Höhere Attraktivität von Polizei und Justiz

Innere Sicherheit benötigt gut ausgebildete Fachkräfte. Mit der Dienstrechtsreform wurden wesentliche Grundlagen für ein attraktives Berufsbild geschaffen. Gleichzeitig hat die Landesregierung zur Verstärkung des Polizeivollzugsdienstes einen Einstellungskorridor mit jährlich 800 Nachwuchsbeamtinnen und -beamten ab dem Jahr 2008 beschlossen. Damit können bis zum Jahr 2013 über den reinen Nachersatzbedarf hinaus insgesamt bis zu 1.270 zusätzliche Nachwuchskräfte eingestellt werden.

Ferner sind Mittel zur Erneuerung und Weiterentwicklung der technischen Ausstattung (Aufbau Digitalfunk, Erneuerung des Fuhrparks durch Leasing und Kauf, Modernisierung der IuK, etc.) bereitgestellt worden.

Moderner Staat - moderne Verwaltung

Die Landesregierung hat auch in der Legislaturperiode 2006 - 2011 für eine moderne, bürgernahe Verwaltung gearbeitet. Die Verwaltung muss Dienstleister für die Bürger und Wirtschaft sein. Die Verwaltungsstruktur muss entlang technischer Entwicklungen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten laufend angepasst und verschlankt werden.

Ein wichtiger Punkt war die Initiative für eine bessere Beteiligung der Öffentlichkeit bei Großprojekten, die die Landesregierung in der Folge der Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 im Rahmen des 7-Punkte-Programmes beschlossen hat und nunmehr umsetzt. Mit diesem Programm sollen die Ergebnisse der Faktenschlichtung unter Leitung von Dr. Heiner Geißler umgesetzt werden.

Das 7-Punkte-Programm umfasst:

1. Die Veränderungsvorschläge aus der Schlichtung aufgreifen und anpacken

Ein wichtiges Ergebnis des Schlichterspruchs ist: Die Konzeption von Stuttgart 21 hat sich insgesamt als richtig und tragfähig erwiesen. Ob und in welchem Umfang an diesem Konzept Ergänzungen erforderlich sind, wird nach dem von der DB AG jetzt vorzunehmenden „Stresstest“ gemeinsam entschieden.

2. Der Dialog soll weitergehen

Der Dialog zum Projekt Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm muss auch nach Ende der Schlichtung fortgesetzt werden. Der Gesprächsfaden darf nicht abreißen, zur Sprachlosigkeit darf es nicht wieder kommen. Mit dem Vorstandsvorsitzenden des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt, Prof. Dr. Johann-Dietrich Wörner sowie dem Unternehmen IFOK werden bundesweit renommierte Personen und Organisationen für die Durchführung des Dialogforums verantwortlich sein.

3. Initiative für eine bessere Öffentlichkeitsbeteiligung im Planungsrecht

Das Land zieht die notwendigen Konsequenzen im Planungsrecht, um die Öffentlichkeit zukünftig besser in die Planung von Großvorhaben einzubinden und harte Auseinandersetzungen wie bei Stuttgart 21 zu verhindern. Deutschland braucht auch in Zukunft Großprojekte.

4. Einrichtung einer Enquête-Kommission „Moderne repräsentative Demokratie in Baden-Württemberg“ des Landtags

Die Landesregierung hat die Einrichtung einer Enquête-Kommission des Landtags „Moderne repräsentative Demokratie in Baden-Württemberg“ in der kommenden Legislaturperiode angeregt. Dort soll jenseits von Wahlkampf oder dem Druck eines Wahltermins sowie des politischen Tagesgeschäfts eine offene und überparteiliche Diskussion zur Zukunft unserer parlamentarischen Demokratie im Land geführt und Vorschläge erarbeitet werden.

5. Einrichtung eines Forschungsschwerpunkts „Bürgerbeteiligung und Akzeptanz öffentlicher Großprojekte“

Die Auseinandersetzung um Stuttgart 21 hat gezeigt, dass die vorhandenen Instrumente für die Beteiligung der Bürger in öffentlichen Planungsverfahren nicht immer ausreichend sind. Daher wird die Landesregierung das Thema aufgreifen und unter Beteiligung anerkannter Experten grundlegend angehen. Auftaktveranstaltung hierfür ist ein hochkarätig besetztes Expertengespräch am 24. Februar 2011 in Stuttgart.

6. Schaffung einer „Modellregion nachhaltige Mobilität“

Hinter den Diskussionen um das Bahnprojekt Stuttgart 21 steht auch die Frage, wie die Mobilitätskonzepte der Zukunft gerade in Ballungsräumen aussehen. Mit der Entwicklung einer „Modellregion nachhaltige Mobilität“ in der Region Stuttgart sollen anhand der fünf Arbeitspakete

- Leitbild Nachhaltige Region Stuttgart
- Innovative Bürgerbeteiligungsprozesse
- Intermodale Reisekette
- Aktuelle Verkehrslage im regionalen Straßennetz - online und
- Marktplatz Umweltfreundliche Mobilitätssysteme

exemplarisch Handlungsoptionen aufzeigt werden, die auf andere Regionen des Landes übertragen werden können. Bei der Auftaktveranstaltung am 4. Februar 2011 wurden die Themen weiter konkretisiert und die Startstruktur festgelegt.

7. Bürgerbeteiligung „Rosensteinquartier“ - lebendige Stadtgestaltung

Am 10. November 2010 wurde die Bürgerbeteiligung für die Gestaltung des Rosensteinquartiers auf den freiwerdenden Gleisflächen erfolgreich mit einer Auftaktveranstaltung der Stadt Stuttgart gestartet. Die Landesregierung begrüßt die umfassende Einbeziehung der Bürgerschaft in die Planung eines komplett neuen innerstädtischen Viertels. Die Stadt Stuttgart schafft damit ein Modell für zukünftige Städteplanungen.

- Wegweisendes Dienstrecht verabschiedet

Mit dem Inkrafttreten der Dienstrechtsreform am 1. Januar 2011 wurde eines der umfangreichsten Gesetzgebungsverfahren der zurückliegenden Legislaturperiode abgeschlossen. Baden-Württemberg hat damit die infolge der Föderalismusreform erhaltenen Kompetenzen genutzt, um das Dienstrecht zukunftsgerichtet weiter zu entwickeln. Die neuen Regelungen machen das Land in wichtigen Bereichen zum Vorreiter für ein modernes Beamtenrecht, das den aktuellen und zukünftigen Anforderun-

gen an den öffentlichen Dienst gerecht wird. In das Gesetz wurden zahlreiche Anregungen von Gewerkschaften, Berufsverbänden und Kommunalen Landesverbänden aufgenommen.

- Notariatsreform

Mit der Notariatsreform wird auch in Zukunft in allen Teilen des Landes ein leistungsfähiges Notariat sichergestellt. Durch den Übergang in ein freies Notariat wird die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit notariellen Leistungen weiter verbessert. Gleichzeitig wird der Wechsel zu einem „freiberuflichen“ Notariat vollzogen.

- Reform der Grundbuchämter und Einführung des elektronischen Handelsregisters

Mit der Notariatsreform wurde zugleich die Reform der Grundbuchämter beschlossen und damit die Einführung des elektronischen Grundbuchs. Mit diesem elektronischen Grundbuch können Informationen wesentlich vereinfacht und schneller ausgetauscht werden. Eine Erleichterung, die auch bei den Bürgerinnen und Bürgern spürbar ist.

Bereits 2007 wurde das elektronische Handelsregister eingerichtet. Seither können Bürger und Unternehmen schnell und einfach Auskünfte über das Internet einholen.

- Justizvorhaben auf bundespolitischer Ebene angeschoben

Parallel zu den Justizreformen auf Landesebene hat die Landesregierung wichtige Reformen auf bundespolitischer und europäischer Ebene mit angestoßen bzw. in die politischen Prozesse eingebracht. Dazu zählt die Zusammenführung der Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit, die Begrenzung der Aufwendungen für die Prozesskostenhilfe, die Reform der Beratungshilfe, die Einführung eines Gemeinschaftspatents und damit verbunden eine europäische Patentgerichtsbarkeit. Ferner die Reform des Gerichtsvollzieherwesens.

- Zentrales Testamentsregister

Erfolgreich war der Vorstoß Baden-Württembergs zur Einführung eines zentralen Testamentsregisters, das eine schnellere und einfachere Recherche, sowie eine Beschleunigung des Verfahrens in Nachlasssachen ermöglicht. Der Beginn des Registerbetriebs wird ab dem Jahr 2012 erfolgen.

- Öffentlich-rechtlicher Rundfunk auf neue Finanzierungsgrundlage gestellt

Seit 2007 koordiniert Baden-Württemberg die B-Länder in der Rundfunkpolitik. Unter dieser Federführung ist es gelungen, zwei der bedeutendsten Gesetzgebungsvorhaben im Medienbereich in den letzten Jahren erfolgreich zum Abschluss zu bringen.

Zum einen wurde mit dem 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag eine Konkretisierung des Auftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Bereich des Online-Angebots erreicht. Damit wurde geklärt, was die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zukünftig im Internet anbieten dürfen und was nicht. Dabei wurden ausgewogene Regelungen entwickelt, die den unterschiedlichen Interessenlagen der Rundfunkanstalten auf der einen Seite und der übrigen Marktbeteiligten, insbesondere der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger sowie der privaten Rundfunkveranstalter, auf der anderen Seite Rechnung tragen.

Zum anderen wurde mit dem 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag die Neuordnung der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beschlossen. Zentraler Anlass hierfür war die zunehmende Konvergenz der verschiedenen Rundfunkempfangsgeräte sowie deutlich zurückgehende Gebührenerträge. Das neue Modell knüpft den zukünftigen Rundfunkbeitrag geräteunabhängig an den Haushalt und die Betriebsstätte, wodurch die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf eine zeitgemäße und langfristig tragfähige Grundlage gestellt wird.

- Web 2.0 nutzen

Die wachsenden Möglichkeiten des Internets bieten neue Herausforderungen und Chancen für demokratische Politik. Im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern nutzte die Landesregierung sowohl neue Kommunikationswege (z.B. Chats, Podcasts), erprobte aber auch - bundesweit erstmalig - neue Webformate wie ein „Bloggewriter“. Leitlinie dabei ist, dass das Internet nicht nur als Informations-, sondern auch als Dialog- und Partizipationsmedium verstanden werden soll.

Infrastruktur

Baden-Württemberg liegt im Zentrum Europas. Wichtige Verkehrsachsen verlaufen durch das Land und verschaffen der baden-württembergischen Wirtschaft einen wichtigen Standortvorteil. Daher hat sich die Landesregierung massiv und mit Nachdruck für einen stärkeren Einsatz von Bundesmitteln in Baden-Württemberg stark gemacht und zugleich eigene Kraftanstrengungen unternommen. Dabei gilt der An-

spruch: alle Verkehrsträger, Straße, Luft, Schiene und Wasser zu stärken, gemeinsam mit den Menschen in Baden-Württemberg.

- Stuttgart 21 gemeinsam mit den Menschen Umsetzen

Die Landesregierung will Stuttgart 21 gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern umsetzen. Durch das Bahnprojekt Stuttgart – Ulm mit Stuttgart 21 wird Baden-Württemberg in das Hochgeschwindigkeitsnetz des europäischen Schienenverkehrs eingebunden, der Flughafen Stuttgart an das Fernverkehrsnetz angebunden und der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg gestärkt.

Im Rahmen der Schlichtungsgespräche im Oktober und November 2010, die von dem von der Landesregierung vorgeschlagenen Schlichter Dr. Heiner Geißler moderiert wurden, konnten sich die Bürgerinnen und Bürger umfassend über alle wesentlichen Aspekte des Projekts informieren. Hierdurch konnte Transparenz geschaffen, ein Dialog zwischen Befürwortern und Gegnern eingeleitet und eine Versachlichung der Debatte erreicht werden, die im 7-Punkte-Programm ihre Fortsetzung finden.

- Investitionen in die Straße

In den Jahren 2006 bis 2010 wurden in Baden-Württemberg rund 2,82 Milliarden Euro an Investitionsmittel für den Bau, Aus- und Umbau sowie für die Erhaltung von Bundesfernstraßen eingesetzt. Damit konnten wichtige Vorhaben auf der A6 (Viernheim-Mannheim, AK Weinsberg, Sinsheim - Steinsfurt), der A8 (Heimsheim-Leonberg, AK Ulm/Elchingen - Landesgrenze) und der A96 (Lückenschluss zwischen Gebrazhofen und Dürren) fertiggestellt werden. Daneben konnten wichtige Autobahnvorhaben begonnen werden: A5 (Baden-Baden - Offenburg), A6 (Sinsheim/Steinsfurt - Bad Rappenau), A8 (Karlsbad - Pforzheim-West, Pforzheim/Süd - Heimsheim, Gruibingen - Mühlhausen), A81 (Böblingen/Hulb - Gärtringen) und A98 (Lörrach/Ost - Rheinfeldern/Karsau, Murg - Hauenstein).

Die Landesregierung setzt sich, nachdem über lange Jahre verstärkt Mittel in den Osten Deutschlands flossen, nachdrücklich für einen „Aufbau Südwest“ ein.

Das Land hat in den Jahren 2006 bis 2010 insgesamt 561,5 Millionen Euro in den Erhalt sowie in den Neu- und Ausbau des Landesstraßennetzes investiert. Für das Jahr 2011 stehen insgesamt Mittel in Höhe von ca. 170 Millionen Euro für Investitionen in die Landesstraßen (Neu- und Ausbau, Erhaltung) und weitere 37,7 Millionen Euro für Planung, Bauüberwachung und Ausführung von Straßenbauvorhaben zur Verfügung. Des Weiteren erstattet das Land im Jahr 2011 den Stadt- und Landkreisen die anteiligen Kosten für dortige Unterhaltungsmaßnahmen an Landesstraßen in

Höhe von 58,8 Millionen Euro. Die Landesregierung strebt zur langfristigen Sicherung der Straßeninfrastruktur und im Interesse der Sicherheit eine Schwerpunktsetzung zugunsten der Substanzerhaltung der Landesstraßen an.

- Ausbau des Schienennetzes

Neben Stuttgart 21 gibt es weitere wichtige Schienenprojekte in Baden-Württemberg. Der Aus- und Neubau der Rheintalbahn ist das zweite wichtige große Schienenprojekt in Baden-Württemberg. Der zügige Aus- und Neubau der Rheintalbahn ist daher ein wesentliches verkehrspolitisches Anliegen der Landesregierung. Wichtig ist, dass die unumstrittene verkehrliche Zielsetzung des Ausbaus nur durch eine Planung erreicht werden kann, die in gebotener Weise Rücksicht auf Mensch und Umwelt nimmt. Insbesondere kommt dem Lärmschutz eine zentrale Bedeutung zu. Die Landesregierung setzt sich daher im Interesse der betroffenen Bevölkerung für eine substantielle Verbesserung der unzureichenden Planung der DB AG ein.

Zu den wichtigsten Schienenprojekten der Landesregierung zählen weiter die Neubaustrecke zwischen Mannheim und Frankfurt, sowie der Ausbau der Gäubahn und die Elektrifizierung der Südbahn.

- Neuer Generalverkehrsplan aufgelegt

Mit der Freischreibung des Generalverkehrsplans hat die Landesregierung die Leitlinien der Verkehrspolitik für die kommenden Jahre festgelegt. Er setzt sich mit den tatsächlichen Entwicklungen der letzten 15 Jahre auseinander und stellt eine solide Planungsgrundlage für die kommenden Jahre dar.

- Begrenzung der Landeanflüge auf den Flughafen Zürich über dem Südschwarzwald/Hochrhein

Die Landesregierung setzt sich gegenüber der Bundesregierung und in den anstehenden Verhandlungen mit der Schweiz dafür ein, dass die vom Flughafen Zürich ausgehende Fluglärmbelastung in Südbaden spürbar reduziert wird. Sie vertritt die Interessen insbesondere in der hochrangig besetzten Arbeitsgruppe AG Zürich.

Es geht vor allem darum, die bestehende 220. Durchführungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung u. a. mit ihren Sperrzeiten für die Anflüge auf den Flughafen Zürich über deutschem Gebiet als elementaren und unverzichtbaren Mindestschutz gegen den Fluglärm in vollem Umfang beizubehalten und die Zahl dieser Anflüge zu begrenzen. Auf Initiative der Landesregierung hat der Bund seine bisherige Position

in diesem zweiten Punkt sogar noch einmal verschärft. Deutschland will nur noch 75.000 Landeanflüge pro Jahr hinnehmen.

- Städtebauförderung

Mit der Städtebauförderung wird die Innentwicklung der Städte und Gemeinde wesentlich gestärkt. Die dort eingesetzten Finanzmittel stärken die Zentren, den Erhalt historischer Bausubstanz und führen zu einer Neuordnung von Brachflächen. Gleichzeitig wurden die Mittel insbesondere auch konjunkturwirksam eingesetzt.

Solide Finanzen

- Verantwortungsbewusste Haushaltsführung

2008 ist es erstmals nach 36 Jahren gelungen, einen Haushalt ohne neue Schulden vorzulegen. Es wurden überdies erhebliche Rücklagen gebildet, die es ermöglichten, die Konjunkturprogramme ohne neue Schulden zu finanzieren. Auch im Krisenjahr 2009 konnte das Land noch ohne neue Kredite auskommen.

Aufgrund der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit, die Baden-Württemberg im Bund-Länder-Vergleich überdurchschnittlich getroffen hat, war eine Neuverschuldung im Doppelhaushalt 2010/11 unvermeidbar. Dennoch ist es vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Erholung und des Steuereinnahmenniveaus gelungen, die im Uretat 2010/11 vorgesehene Gesamtkreditermächtigung von rund 4,7 Milliarden Euro nahezu zu halbieren.

Klar ist aber auch, dass sich die Haushalte nicht allein über Mehreinnahmen konsolidieren lassen, da ein strukturelles Defizit von ca. zwei Milliarden Euro besteht. Die Struktur des Landeshaushalts mit vielen zwangsläufigen und kurzfristig nicht veränderbaren Positionen lässt ein rasches Umsteuern und kurzfristige Einsparungen in dieser Höhe nicht zu. Mit dem beschlossenen 500 Millionen Euro-Sparpaket hat die Landesregierung einen wichtigen Schritt hin zur Nettonullverschuldung getan. Untrennbarer Bestandteil einer wohlverstandenen Konsolidierungspolitik sind aber zugleich notwendige Investitionen in die Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit des Landes. Die Landesregierung investiert daher mit dem aktuellen Nachtragshaushalt deutlich in den Erhalt der Landesstraßen, die Breitbandverkabelung des ländlichen Raums, die Städtebau- und punktuell Regionalförderung, die Bildung, Betreuung und die flächendeckende ambulante ärztliche Versorgung, vor allem aber in die Technologie- und Innovationsförderung.

Das Ziel der Landesregierung für die Zeit ab 2014: Baden-Württemberg muss wieder ohne neue Schulden auskommen.

- Anreizkompatibler Länderfinanzausgleich

Baden-Württemberg gehört gemeinsam mit Bayern und Hessen zu den größten Net-zahlern des Länderfinanzausgleichs. Baden-Württemberg hat seit Bestehen des Länderfinanzausgleichs Jahr für Jahr in diesen einbezahlt. Das Land hat daher die größte Summe aller Länder - über 48 Milliarden Euro - für dieses Ausgleichssystem aufgebracht. Ein Ausgleichssystem, das vor allem durch seine negative Anreizwirkung gekennzeichnet ist.

Die Landesregierung hat gemeinsam mit Bayern und Hessen eine Initiative zur Reform des Länderfinanzausgleichs ergriffen. Ziel der Initiative ist es, den Finanzausgleich stärker leistungsorientiert und auch im Interesse der Empfängerländer effizienter zu gestalten. Derzeit werden ein Normenkontrollantrag bezüglich des Finanzausgleichs vor dem Bundesverfassungsgericht vorbereitet und parallel dazu Gespräche mit dem Bund und den anderen Ländern über eine einvernehmliche Änderung des Finanzausgleichs angestrebt.

- Einrichtung des Pensionsfonds für Beamte

Die Landesregierung hat die Belastungen durch Pensionsausgaben im Blick: 500 Millionen Euro sind in einem Versorgungsfonds angelegt. Für neue Beamte wird monatlich ein Betrag auf die Seite gelegt.

- Erweiterung des Konnexitätsprinzips

Das Land versteht sich seit jeher als fairer und verlässlicher Partner der Kommunen. Mit der Präzisierung und Erweiterung des in der Landesverfassung festgelegten Konnexitätsprinzips konnte einem vielfach geäußerten Wunsch der kommunalen Seite Rechnung getragen werden. Es wurde klargestellt, dass spätere, vom Land veranlasste Änderungen des Zuschnitts oder der Kosten aus der Erledigung von zuvor vom Land auf die Kommunen übertragenen Aufgaben vom Konnexitätsprinzip erfasst werden.

- Einführung der Schuldenbremse

Erfolgreich hat sich das Land auf bundespolitischer Ebene für die Einführung der Schuldenbremse eingesetzt. Damit ist der Weg zu einer nachhaltigen Finanzpolitik vorgezeichnet.

- Optimierung im Finanzbereich

Neben strikter Ausgabendisziplin erfordert eine solide Finanzpolitik auch ein gutes Forderungsmanagement. Daher hat die Landesregierung das Forderungsmanagement des Gerichtswesens in einem dreijährigen Pilotprojekt im Herbst 2009 auf ein privates Unternehmen übertragen. Dadurch konnte das Land bereits rund 500.000 Euro Mehreinnahmen verbuchen.

Nachhaltige Energieversorgung

Ein moderner Industriestandort braucht eine moderne Energieversorgung, die für eine zuverlässige, bezahlbare und umweltgerechte Energieerzeugung sorgt. Diesem Leitziel folgend hat sich die Landesregierung für eine nachhaltige Energieversorgung stark gemacht. Baden-Württemberg ist bereits heute eines der führenden Bundesländer in Sachen Erneuerbare Energien.

- Wegweisendes Energiekonzept

Baden-Württemberg hat als erstes Land ein umfassendes Energiekonzept vorgelegt, das die richtigen Weichenstellungen für die kommenden Jahre vorgenommen hat. Dabei gelang es der Landesregierung die selbst gesteckten Ziele aus der Koalitionsvereinbarung bereits Ende 2009 zu übertreffen.

Um den Ausbau der Erneuerbaren Energien weiter voranzutreiben wird derzeit ein Windatlas erstellt, auf dessen Grundlage der weitere Ausbau der Windkraft erfolgen kann. Daneben fördert die Landesregierung die verstärkte Nutzung der Bioenergie. Die 30 bereits vorhandenen Energiedörfer sollen erst der Anfang sein. Als nächstes Ziel ist eine Anzahl von 100 Bioenergiedörfern geplant.

Das Land strebt mit Nachdruck den Übergang in ein regeneratives Energiezeitalter an. Jedoch sind hierfür tragfähige Brücken notwendig. Mit der Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke wurde eine CO₂-freundliche Brücke hin zu regenerativen Energien gebaut. Gleichzeitig wurde ein „Energie- und Klimafonds“ eingerichtet, um die Investitionen in die regenerativen Energieträger voranzutreiben.

- Übernahme des EdF-Anteils an der Energie Baden-Württemberg AG

Bei der Energieversorgung handelt es sich um einen wesentlichen Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und um ein Herzstück der Infrastruktur des Landes. Dement-

sprechend besteht ein öffentliches Interesse, dass beim maßgeblichen Energieversorger des Landes nicht gegen die Interessen des Landes und seiner Bürger entschieden werden kann. Daher hat sich das Land - im Rahmen seiner modernen Industriepolitik - dazu entschlossen, den Anteil der EdF an der EnBW in Höhe von 45,01 Prozent zu kaufen und gleichzeitig den übrigen Aktionären ein Übernahmeangebot zu unterbreiten. Der Einstieg des Landes erfolgt dabei nur vorübergehend und ermöglicht, die Eigentümerstruktur der EnBW nachhaltig und optimal im Interesse Baden-Württembergs auszurichten.

- Klimaschutzkonzept 2020Plus

Mit dem neuen Klimaschutzkonzept 2020Plus wird eine Reduktion der klimaschädlichen Gase bis 2020 um 30 Prozent gegenüber 1990 angestrebt. Darüber hinaus wird betrachtet, wie die Emissionen bis 2050 um 80 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden können. Diese Raten werden als notwendig angesehen, um die Klimaerwärmung auf „max. 2°C“ zu begrenzen. Damit einhergehen wird ein Ausbau des Anteils der regenerativen Energien an der Wärmeerzeugung.

- „Erneuerbare-Wärme-Gesetz“

Das Land war Vorreiter beim „Erneuerbare-Wärme-Gesetz“ (EWärmeG) in Deutschland und hat dabei Maßstäbe gesetzt. Das derzeit geltende EWärmeG geht bewusst über die Vorgaben des Bundes hinaus, um den Ausbau der Erneuerbaren Energien voranzutreiben und einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu liefern. Derzeit wird an einer Weiterentwicklung des EWärmeG gearbeitet, das im Laufe der kommenden Monate verabschiedet werden soll.

- Steigerung der Energieeffizienz

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Energieproduktivität bis zum Jahr 2020 um durchschnittlich 2 Prozent jährlich zu steigern, während zugleich ein Rückgang des Primärenergieverbrauchs um mindestens 10 Prozent angestrebt wird.

Daher unterstützte die Landesregierung mit vielfältigen Programmen entsprechende Anstrengungen. Unter anderem mit dem Förderprogramm „Klimaschutz-Plus“, das mit über 45 Millionen Euro den Einbau energiesparender und umweltfreundlicher Anlagen in öffentliche Gebäude, Betriebe und kirchliche Einrichtungen unterstützt.

- Modellprojekt „Klimaneutrale Stadt“

Mit dem Wettbewerb „Klimaneutrale Stadt“ sollen die Kommunen in Baden-Württemberg Wege hin zur klimaneutralen Kommune entwickeln und so Anstöße für andere Kommunen liefern und zugleich Vorbild sein. Das Land unterstützt dies mit 2 Millionen Euro in den kommenden drei Jahren.

Ländlicher Raum

Anspruch der Landesregierung war und ist es, dafür zu sorgen, dass in Baden-Württemberg sowohl in städtischen, als auch in ländlichen Regionen, Wohlstand und Lebensqualität gesichert sind.

- Stärkung des Ländlichen Raums

Das Land wird im Rahmen einer weiter zu entwickelnden integrierten Agrar- und Strukturpolitik den Ländlichen Raum bei den erforderlichen Anpassungsprozessen und soweit notwendig der Revitalisierung unterstützen.

Mit dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum wurden seit 2006 412 Millionen Euro für Projekte bereitgestellt. In über 2.600 Fällen der Gewerbeförderung konnten über 11.000 Arbeitsplätze direkt neu geschaffen und ein Mehrfaches gesichert werden. Hinzu kommen die indirekten Arbeitsplatzwirkungen durch die angestoßenen privaten und kommunalen Investitionen. Ein weiterer Maßnahmenswerpunkt des Landes stellt das Programm „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ dar, mit dem zwischen 2007 und 2013 insgesamt 143,4 Millionen Euro bereitgestellt werden.

Mit dem Aktionsprogramm „Landärzte“, das ein Fördervolumen von rund 7 Millionen Euro hat, wird die hochwertige ambulante ärztliche Versorgung in Baden-Württemberg flächendeckend sichergestellt.

- Nachhaltige Landwirtschaft

Eine flächendeckende, wettbewerbsfähige und nachhaltige Landbewirtschaftung in Baden-Württemberg ist Garant für die Versorgung mit gesunden und sicheren Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen. Sie ist Voraussetzung für den Erhalt unserer Kulturlandschaft sowie die Aufrechterhaltung vitaler ländlicher Räume. Damit die Landwirtschaft beachtliche Leistungen in den Bereichen Umwelt-, Natur- und

Gewässerschutz sowie zur Verbesserung der Biodiversität und im Sinne des Klimaschutzes erbringen kann, unterstützt sie das Land insbesondere mit dem Agrarumweltprogramm MEKA III und der Landschaftspflegeleitlinie.

Die Erzeugung qualitativ hochwertiger Lebensmittel im konventionellen und im ökologischen Anbau führt zu Verkaufserlösen von über 3 Milliarden Euro im Jahr in Baden-Württemberg. Die regionale Verarbeitung und Vermarktung dieser Produkte vermeidet unnötige Transportwege, ermöglicht umfassende Transparenz für die Verbraucher und sichert Arbeitsplätze.

Mit dem Maßnahmen- und Entwicklungsplan Ländlicher Raum Baden-Württemberg werden in den Jahren 2007 bis 2013 rund 1,9 Milliarden Euro von Land, Bund und EU für Förder- und Ausgleichsmaßnahmen für die Entwicklung des Ländlichen Raums zur Verfügung gestellt.

Damit die Landwirtschaft auch künftig ihre vielfältigen gesellschaftlichen Aufgaben wahrnehmen kann, welche teilweise nicht über den Markt entlohnt werden, setzt sich die Landesregierung auf europäischer Ebene für die Beibehaltung einer starken ersten und zweiten Säule in der europäischen Agrarpolitik ein.

- Forstwirtschaft

Den Wäldern kommt hinsichtlich der Minimierung der Folgen des Klimawandels eine hohe Bedeutung zu. In Baden-Württembergs Wäldern werden jährlich nachhaltig rund 10,7 Millionen Kubikmeter des umweltfreundlichen Rohstoffes Holz eingeschlagen, was einem Gegenwert von 450 Millionen Euro entspricht. Das Land unterstützt diese nachhaltige Wertschöpfung im Ländlichen Raum. Ferner wurde der Staatsforstbetrieb zu einem modernen und effizienten Wirtschaftsunternehmen weiterentwickelt und wird heute als Landesbetrieb ForstBW geführt.

- Neue Medien - Breitband-Initiative Ländlicher Raum

Baden-Württemberg hat bereits 2007 und damit als erstes Bundesland eine von der EU genehmigte Regelung zur Förderung der Breitbanderschließung erhalten. Bis Ende Dezember 2010 wurden im Rahmen der Förderung 465 Anträge mit einem Volumen von rund 35,5 Millionen Euro bewilligt. Zudem hat das Land bereits 2010 das für 2014 gesetzte Ziel der Breitbandstrategie des Bundes erreicht, 75 Prozent der Haushalte mit einer Übertragungsrate von mindestens 50 MBit/s zu versorgen.

- Kulturförderung

Das Land fördert Kultur nicht nur im städtischen Raum, sondern im ganzen Land. Daher wurden mithilfe des Sonderprogramms „Kinodigitalisierung“ 44 baden-württembergische Kinos technisch aufgerüstet.

- Tourismus

Der Tourismus in Baden-Württemberg wurde durch die Tourismus- und die Bäderkonzeption auf neue Beine gestellt. Mit dem Tourismusedinfrastrukturprogramm erhielten zwischen 2006 und 2010 102 Maßnahmen Zuschüsse in Höhe von 23,5 Millionen Euro. Ferner wurde mit einem Sonderprogramm in Höhe von 4,8 Millionen Euro in den Jahren 2008 und 2009 der „Sanfte Tourismus“ gefördert. Überdies wurde auch mit dem Zukunftsprogramm des Bundes das Sonderprogramm „Nachhaltige Tourismusedinfrastruktur“ mit Mitteln von 17 Millionen Euro in den Jahren 2009 und 2010 aufgelegt.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Ehrenamt

Der Südwesten ist geprägt durch ein hohes Maß an bürgerschaftlichem und ehrenamtlichem Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger. Das Bürgerschaftliche Engagement der Menschen im Südwesten ist bundesweit Spitze. 41 Prozent aller Baden-Württemberger engagieren sich ehrenamtlich.

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Ehrenamt ist eine Schwerpunktaufgabe der Landespolitik. Die Einrichtung eines zentralen Internetportals (www.ehrenamt-bw.de) stellt einen weiteren Schritt zur Erleichterung der Arbeit der Ehrenamtlichen dar. Alle Ressorts sind mit Kabinettsbeschluss vom 15. März 2008 aufgerufen, den Aspekt der Ehrenamtsfreundlichkeit in ihren Aktivitäten zu berücksichtigen, insbesondere im Hinblick auf den Erlass von Rechts- und Verwaltungsvorschriften. Zur besonderen Förderung des Ehrenamts, die auch die gebührende Anerkennung engagierter Bürgerinnen und Bürger einschließt, werden zweimal jährlich Regionalkonferenzen zum Ehrenamt durchgeführt und die Veranstaltung „Ehrenamt im Dialog“ ausgerichtet. Im Rahmen des Ehrenamts Wettbewerbs der Landesregierung „Echt gut“ werden besondere ehrenamtliche Leistungen durch den Ministerpräsidenten prämiert.

Mit dem Gesetz zu Stärkung des Ehrenamtes in der Jugendarbeit wurden die Freistellungsmöglichkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für ihr ehrenamtliches Engagement, bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Arbeitgeberinteressen verbessert. Ein wichtiger Aspekt des ehrenamtlichen Engagements ist die Würdigung des freiwilligen Einsatzes. Mit der Einführung des „Engagementnachweis Baden-Württemberg“ wurde ein weiterer Baustein für die Anerkennungskultur im Land geschaffen.

Die Landesregierung hat sich maßgeblich für eine Verbesserung des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts eingesetzt. Damit konnte das große bürgerschaftliche Engagement zusätzlich gestärkt werden.

Miteinander der Generationen

Die Landesregierung sieht im demographischen Wandel auch eine große Chance für unser Land. Die älteren Menschen verfügen über einen immensen Wissens- und Erfahrungsschatz, den sie in unsere Gesellschaft einbringen können. Sie sind ein „Aktivposten“ in unserer Gesellschaft und nehmen eine tragende Rolle ein. In diesem Zusammenhang ist der jährlich stattfindende und vom Landessenorenrat BW durchgeführte Landessenorentag ein wichtiges und bedeutendes Forum für seniorenpolitische Themen. Die Durchführung dieser wichtigen Veranstaltung konnte in den letzten Jahren mit Landesmitteln unterstützt werden.

Ein Beispiel für das erfolgreiche Miteinander der Generationen ist das Jugendbegleiterprogramm. Dort geben Senioren ihr wertvolles Wissen an die nächsten Generationen weiter. Ferner wurde mit Initiativen wie „Sicher im Internet“, eine höhere Affinität älterer Menschen zu modernen Kommunikations- und Informationswegen erreicht.

- Staatsrätin für Demographischen Wandel und für Senioren

Bundesweit einmalig war die Einsetzung einer Staatsrätin für Demographischen Wandel und für Senioren. Damit kam der Demographie- und Seniorenpolitik eine wichtige Rolle in der Arbeit der Landesregierung zu.

Die Sensibilisierung für die Herausforderungen des Demographischen Wandels hat durch die Arbeit der Staatsrätin - gerade auch auf kommunaler Ebene - deutlich zugenommen. Mit zahlreichen Veranstaltungen vor Ort wie z.B. Kreisbereisungen wurde das Bewusstsein für Konsequenzen und Chancen des demographischen Wandels in Baden-Württemberg geschärft. Die öffentlichkeitswirksamen Vor-Ort-Veranstaltungen wurden unter anderem durch wissenschaftliche Kongresse, die Einführung des „Demographie-Spiegels“ und ein Abkommen mit dem Einzelhandel zur

Seniorenfreundlichkeit ergänzt. Zentral war zugleich der noch stärkere Eingang der verschiedenen Aspekte des Demographischen Wandels und der Anliegen der Senioren in die Arbeit aller Ministerien im Land.

In der Verantwortung der Staatsrätin lag außerdem die Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquête-Kommission „Demografischer Wandel – Herausforderung an die Landespolitik“ des Landtags. Fast 300 Empfehlungen der Kommission wurden von der Landesregierung umgesetzt.

Zusammenarbeit mit den Kirchen

Den Kirchen kommt in Gesellschaft und Landesverfassung zu Recht eine tragende Bedeutung zu. Die Landesregierung hat den Dialog mit den Kirchen in allen Ressorts und bewusst auch über das Amt des Kirchenbeauftragten der Landesregierung gepflegt. Sie hat verstärkt auch die Beratungs- und Dialogforen aufgegriffen, wie sie beispielsweise die Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart im Dialog mit nicht-christlichen Religionen oder die Evangelische Akademie Bad Boll im Bedenken gesellschaftlicher Grundsatzfragen bieten. Die Beziehungen zwischen Staat und Kirchen sind in Baden-Württemberg eng, offen und vertrauensvoll. Mit Abschluss der Staatsverträge mit den beiden evangelischen Landeskirchen und der Vereinbarungen mit den katholischen Diözesen stehen die Staatsleistungen des Landes an die Kirchen erstmals auf einer vertraglich gesicherten Grundlage und erlauben den Kirchen finanzielle Planungssicherheit. Ministerpräsident Stefan Mappus und die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen wurden zu Begegnung und Gespräch bei Papst Benedikt XVI. im Vatikan empfangen. Mit dem aktuellen Zuschlag für Stuttgart wird 2015 zum vierten Mal der Deutsche Evangelischer Kirchentag im Land zu Gast sein.

Integration

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist eine klassische Querschnittsaufgabe. Mit dem Integrationsplan Baden-Württemberg, der vom Ministerrat im September 2008 beschlossen wurde, hat die Landesregierung die Integrationspolitik auf entscheidenden Feldern fortentwickelt und auf eine neue Grundlage gestellt. Der Integrationsbeauftragte der Landesregierung hat mit viel Engagement die Themen vorangebracht und intensiv den Dialog gesucht.

- Staatsrätin für interkulturellen und interreligiösen Dialog sowie gesellschaftliche Werteentwicklung

Mit der Staatsrätin für interkulturellen und interreligiösen Dialog sowie gesellschaftliche Werteentwicklung unterstreicht die Landesregierung weiter die Bedeutung des

Themas der Integration. Dabei baut die Staatsrätin Brücken zwischen Wissenschaft, Gesellschaft, Kultur und Politik. Das zentrale Thema dabei ist die Diskussion über „Heimat und Identität“, welches in verschiedenen Veranstaltungen, Publikationen und Ähnlichem im ganzen Land diskutiert wird. Zudem wurden auch im Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern außereuropäischer Staaten Menschenrechte und besonders Fragen der Religionsfreiheit beharrlich thematisiert.

- Schritte auf dem Weg zur Integration

Mit dem Ausbau der erfolgreichen Modellversuche für islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache und der erfolgreichen Initiative Baden-Württembergs für die Einrichtung eines Zentrums für islamische Studien an der Universität Tübingen wurden wichtige Schritte zur Stärkung deutschsprachiger Auslegungen des Koran auf dem Boden unseres Grundgesetzes erreicht. Das beharrliche und konstruktive Ansprechen auch strittiger Punkte war dabei wesentlicher Bestandteil des ernsthaften und ergebnisorientierten Dialoges.

Mit dem „Netzwerk für Bildungspartner“, das die Landesregierung gemeinsam mit der Robert Bosch Stiftung und der Breuninger Stiftung ins Leben gerufen hat, gelingt es Eltern mit Migrationshintergrund verstärkt in das Bildungsgeschehen ihrer Kinder einzubinden. Zudem werden pädagogische Fachkräfte und Ehrenamtliche für die Arbeit mit Eltern mit Migrationshintergrund sensibilisiert.

- Staatskirchenvertrag mit den jüdischen Religionsgemeinschaften

Mit dem Staatsvertrag zwischen dem Land und den jüdischen Gemeinden in Baden und Württemberg wird der Schutz der Glaubensausübung und jüdischen Feiertage, der Rechtsanspruch auf schulischen Religionsunterricht und Seelsorge sowie der Wieder- und Neuaufbau jüdischer Institutionen vertraglich gesichert. Dabei wurden auch die bisherigen freiwilligen finanziellen Leistungen des Landes umfassend und abschließend auf eine vertragliche Grundlage gestellt. Bislang wurde der Wiederaufbau jüdischen Gemeindelebens sowohl pauschal als auch Anlass bezogen gefördert. Mit dieser neuen finanziellen Grundlage erhalten nun Land und jüdische Gemeinden Planungssicherheit, beispielsweise zum dringend nötigen Ausbau der Kinder-, Jugend- und Integrationsarbeit. Auch größere Projekte, wie der Wiederaufbau der in der Reichspogromnacht zerstörten Synagoge von Ulm, können damit umgesetzt werden.

- Unterstützung für Spätaussiedler und bleibeberechtigte Ausländer

Darüber hinaus unterstützt das Land die Stadt- und Landkreise jährlich mit 1,86 Millionen Euro bei der Integration von Spätaussiedlern und bleibeberechtigten Ausländern.

Im Rahmen des Projekts Integrationsbegleitung in besonderen Lebenslagen wurden 2010 bzw. werden derzeit fünf Sprachkurse durchgeführt. Zielgruppe sind Spätaussiedler und bleibeberechtigte Ausländer, die sich über das Fremdsein in der Gesellschaft hinaus in einer besonderen Lebenslage befinden.

In den Jahren 2006 bis 2009 wurden in Baden-Württemberg insgesamt 50.736 Personen eingebürgert.

- Verpflichtung des Landes gegenüber den Vertriebenen

Die gesetzliche Verpflichtung des Landes, das Kulturgut der Vertriebenen aus ihren Herkunftsgebieten zu pflegen und zu erhalten, wurde weiter erfüllt und ausgefüllt. Die Kulturarbeit des BdV und seiner Landsmannschaften wurde weiter unterstützt. Beispielhaft unter vielen anderen Förderbeiträgen sei die Unterstützung des Landes zugunsten der Bibliothek des Vereins Haus der Donauschwaben mit zum Teil einzigartigen Beständen aus dem donauschwäbischen Schriftgut, 16.000 an der Zahl, genannt.

- Verantwortung übernehmen

Die Landesregierung hat ihre humanitären Verpflichtungen aus dem Flüchtlingschutz – neben der Schutzgewährung im Asylverfahren – stets erfüllt. So hat sich das Land an der im April 2010 abgeschlossenen Aufnahme von 2.501 schutzbedürftigen irakischen Flüchtlingen aus Syrien und Jordanien in Deutschland mit der Aufnahme von 318 Personen beteiligt.

Kunst und Kultur: Spitze und Breite fördern

Kunst und Kultur sind kein Luxus, sondern wichtiger Bestandteil des Lebens der Menschen in Baden-Württemberg. Diese Grundüberzeugung drückt sich in den vier Leitlinien der Kulturpolitik des Landes aus: Liberalität, Pluralität, Subsidiarität und Dezentralität.

- Kultur 2020. Kunstpolitik für Baden-Württemberg

Um neben einer aktuellen Gesamtschau der Kulturlandschaft Baden-Württembergs die zentralen Handlungsfelder für die Jahre 2010 bis 2020 zu benennen, hat die Landesregierung im Jahr 2010 ein umfassendes Konzept „Kultur 2020. Kunstpolitik für Baden-Württemberg“ veröffentlicht. „Kultur 2020“ zielt sowohl auf Innovation als auch auf Kontinuität ab, wobei der Erhalt und die Wettbewerbsfähigkeit der hochklassigen Kulturlandschaft im Vordergrund stehen. Schwerpunkte für die weitere Entwicklung liegen auf der kulturellen Bildung sowie der interkulturellen Arbeit. Die Kunst in der Fläche wurde durch ein Sonderprogramm gestärkt, von dem insbesondere die freien Theater profitiert haben. Deutlich erhöht wurde die Landesförderung für die Soziokulturellen Zentren.

- Investition in Kultureinrichtungen

Baden-Württemberg, das mit rund 1.300 Museen und musealen Einrichtungen über eine facettenreiche Museumslandschaft verfügt, investiert jährlich rund 59 Millionen Euro in die Staatlichen Museen. Mit den Großen Landesausstellungen haben die Museen auch in den letzten Jahren eine hohe Resonanz beim Publikum erzielt. Die Ertüchtigung und Erweiterung der bedeutenden Kultureinrichtungen wurde fortgeführt. Dazu zählen unter anderem die Eröffnung des Literaturmuseums der Moderne und die Sanierung des Schiller-Nationalmuseums in Marbach, die Erweiterung des Generallandesarchivs Karlsruhe, das Bauprogramm für die Württembergischen Staatstheater, die Wiedereröffnung der Alten Staatsgalerie und der Ausbau der Musikhochschule Karlsruhe. Besondere Höhepunkte waren der Erwerb des Siegfried Unseld Archivs durch das Deutsche Literaturarchiv Marbach (DLA) und die Eröffnung des Kindermuseums im Landesmuseum Württemberg. Durch den Erwerb von Schloss Salem konnte ein herausragendes Kulturdenkmal für künftige Generationen gesichert werden.

Sport

Der im Jahr 2006 vereinbarte Sportpakt lief Ende 2010 aus und wurde zu Beginn des Jahres 2011 fortgeschrieben. Für die Laufzeit des Solidarpaktes bis 2016 hinweg wird die bisherige jährliche Förderung von rund 64,9 Millionen Euro um rund 20 Millionen Euro aufgestockt.

Gleichzeitig unterstützt das Land den kommunalen Sportstättenbau mit umfangreichen Finanzmitteln. In den Jahren 2006 bis 2010 wurden 576 Sportstätten mit insgesamt 90 Millionen Euro Zuschussmittel unterstützt. Für 2011 stehen erneut rund 12 Millionen Euro zur Verfügung.

Sicher und Gesund Leben

Baden-Württemberg ist ein lebenswertes Land. Die Menschen haben im Südwesten die höchste Lebenserwartung in Deutschland. Bereits seit Beginn der 1970er Jahre steht Baden-Württemberg hierbei an der Spitze Deutschlands. Gleiches gilt auch für die Zufriedenheit der Menschen mit dem Leben am Wohnort. Ein Indikator ist hierbei auch das geringe Armutsrisiko in Baden-Württemberg. Es ist das bundesweit niedrigste.

- Gesundheit fördern und sichern

Mit dem Landesnichtraucherschutzgesetz und damit dem Schutz der Bevölkerung vor Passivrauch wurde ein wichtiger Schritt zu einem verbesserten Gesundheitsschutz getan.

Daneben wurde das Landeskrankenhausgesetz modernisiert, entbürokratisiert und dereguliert, um die Patienteninteressen noch weiter zu stärken. Gleichzeitig wurden die Mittel für die Krankenhausförderung von 269 Millionen Euro im Jahr 2006 auf über 330 Millionen Euro im Jahr 2011 erhöht und durch eine Weiterentwicklung des Krankenhausplans die vorhandenen Strukturen optimiert.

In Notfällen ist eine schnelle und qualitativ hochwertige medizinische Hilfe unabdingbar. Mit der Novellierung des Rettungsdienstgesetzes wurde diesem Rechnung getragen, damit auch in Zukunft eine qualitativ leistungsfähige Notarztversorgung sichergestellt ist. Zudem wurde die Gewinnung von Ärzten für den Notarztendienst verbessert.

- Stärkung einer qualitativen Pflege

Die Menschen werden in Baden-Württemberg älter als in den anderen Teilen Deutschlands. Dies ist äußerst erfreulich. Damit einher geht der Bedarf an einer verlässlichen und qualitativ hochwertigen Pflege und Betreuung. Mit dem Landesheimgesetz wurde der Schutz und die Würde der Heimbewohner verbessert und zugleich die Qualitätssicherung in Heimen vorangetrieben.

Zur Ausbildung und Sicherstellung qualifizierter Pflegefachkräfte wurde das Landespflegegesetz novelliert. Damit hat Baden-Württemberg als erstes Land ein Gesamtkonzept für den Ausbau der Pflegeberufe und der Berufe im Vor- und Umfeld von Pflege vorgelegt. Ferner werden im Jahr 2011 3,5 Millionen Euro für die Förderung modellhafter Projekte aufgebracht, so dass Verbesserung der Betreuungs- und Strukturqualität erreicht werden können. Dazu zählt unter anderen der Einsatz inno-

vativer Technologien und technikerunterstützter Dienstleistungen für ein selbstbestimmtes Leben im Alter.

Mit der Demenzstrategie des Landes werden Betroffene und Angehörige von Demenzkranken durch konkrete Hilfestellungen unterstützt.

- Verbraucherschutz

Eines der zentralen Themen für den Verbraucherschutz ist die sichere und effiziente Lebensmittelüberwachung. Die Landesregierung hat daher den Verbraucherschutz in diesem Bereich weiter ausgebaut. So wurden Mittel für 66 zusätzliche Stellen für Lebensmittelkontrolleure bereitgestellt. Da nicht genügend Personen mit der erforderlichen Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt verfügbar sind, werden sie zusammen mit den Stadt- und Landkreisen ausgebildet.

Mit der Verbraucherkommission verfügte Baden-Württemberg als erstes Bundesland über eine unabhängige Expertenkommission, die die Landesregierung in verbraucherpolitischen Fragen berät.

Im Rahmen einer Vielzahl von Maßnahmen der Verbraucherbildung und der Ernährungserziehung wurden unter anderen die Initiativen „Verbraucher 60+“ für Senioren und „Komm in Form“ zur Verbesserung der Ernährung von Kindern und Jugendlichen gestartet.

Zur Einhaltung der sicherheitstechnischen sowie sonstiger Anforderungen an technische und chemische Produkte hat das Land weite Teile der Marktüberwachung in den neu geschaffenen Referaten „Chemikalien- und Produktsicherheit/Marktüberwachung“ bei den Regierungspräsidien konzentriert. Diese Maßnahme ist verbunden mit einer Aufstockung des Personals um 34 neue Stellen. Baden-Württemberg hat damit bundesweit eine Vorreiterrolle in der Sicherstellung einer schlagkräftigen und effizienten Marktüberwachung eingenommen.

Mit den erweiterten Ladenöffnungszeiten wurde für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessert, während der grundsätzliche Landeschluss an Sonn- und Feiertagen sichergestellt worden ist. Zugleich erhielt der Einzelhandel mehr Flexibilität, so dass ein erheblicher Beitrag zur Vereinfachung und Entbürokratisierung geleistet worden ist.

- Behindertenpolitik

Ein zentrales Anliegen der Landesregierung ist eine weitere Verbesserung der Belange behinderter Menschen z.B. durch Sensibilisierung der Politik, gemeinsame Positionen und Vernetzung. Die Stärkung der Rechte behinderter Menschen erfolgt we-

sentlich durch gemeinsame Aktivitäten. Daher hat die Landesregierung das Landesforums „Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderung“, das im Juli 2007 gegründet wurde, zu einem Beirat für behindertenpolitische Fragestellungen weiterentwickelt. Ferner ist es auf Initiative des Landesbehindertenbeauftragten hin gelungen, für alle Stadt- und Landkreise differenzierte Lösungen für die Bestellung von Behindertenbeauftragten oder Behindertenbeiräten zu finden.

Schutz unserer Lebensgrundlage

- Nachhaltigkeitsstrategie

Im März 2007 hat die Landesregierung die Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg unter dem Motto „Jetzt das Morgen gestalten“ gestartet und damit eine bundesweit beachtete Rolle übernommen. An der Nachhaltigkeitsstrategie beteiligen sich alle Ministerien und rund 500 verschiedene Institutionen aus Wirtschaft, Bildung, Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft, Kirchen, Sozialverbänden, Vereinen und Kommunen. Um Nachhaltigkeit zu einem integralen Bestandteil von Regierungs- und Verwaltungshandeln auf Landesebene zu machen, wurde eine Nachhaltigkeitsprüfung für alle Kabinettsvorlagen und alle Regelungen eingeführt.

Gleichzeitig wird der Prozess nachhaltiger Entwicklung auch auf praktischer Ebene vorangetrieben und der Gedanke der Nachhaltigkeit konkret umgesetzt. Hier nehmen die Projekte eine zentrale Aufgabe wahr. In mittlerweile 35 Projekten wurden und werden zentrale Themen einer nachhaltigen Entwicklung bearbeitet. Für die Umsetzung der Projektergebnisse hat die Landesregierung 10 Millionen Euro für die Jahre 2008 bis 2011 zur Verfügung gestellt.

- Umweltplan

Der Umweltplan, den Baden-Württemberg als erstes Land 2000 eingeführt hat, wurde im Jahr 2007 mit dem Zieljahr 2012 fortgeschrieben. Der Umweltplan enthält konkrete Zielvorgaben, die das Land in den einzelnen Umweltbereichen erfüllen will und deren Fortschritt durch den Nachhaltigkeitsbeirat überwacht wird.

- Reduktion des Flächenverbrauchs

Dank des 2007 verabschiedeten Strategieprogramms der Landesregierung ist es gelungen, den Flächenverbrauch in den letzten drei Jahren um 30 Prozent zu sen-

ken. Dabei kam es bei den Kommunen zu einem Umdenken hin zu einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung. Im Vergleich der deutschen Flächenländer weist Baden-Württemberg eine weit überdurchschnittliche Siedlungsdichte und effiziente Siedlungsstruktur auf und belegt damit im bundesweiten Vergleich Platz 2.

- Natur- und Artenschutz

Der Natur- und Artenschutz hat in den letzten fünf Jahren weitere Fortschritte in Baden-Württemberg gemacht. Mit dem Programm PLENUM wird eine nachhaltige Entwicklung und Stärkung von derzeit fünf Regionen im Land gefördert. Ein Leuchtturmprojekt ist das von der UNESCO anerkannte Biosphärengebiet Schwäbische Alb, das sowohl zur Stärkung des Naturschutzes als auch der Wirtschaftskraft in der Region beiträgt. Mit dem Aktionsplan zur Sicherung der Biodiversität und der Öko-Kontoverordnung wurden wichtige Projekte umgesetzt. Die neue, sich an den aktuellen Herausforderungen orientierende Naturschutz-Strategie des Landes soll noch in der laufenden Legislaturperiode vom Kabinett verabschiedet werden.

- Abfallwirtschaft

In der Abfallwirtschaft hat die Landesregierung frühzeitig erkannt, dass an einem rohstoffarmen Industriestandort wie Baden-Württemberg die Frage der Rohstoffsicherung und Rückgewinnung von Ressourcen von herausragender Bedeutung ist. Abfall als unverzichtbarer Wertstoff muss optimal genutzt werden. Die baden-württembergische Abfallwirtschaft ist für diese Aufgabe gut gerüstet. Bereits heute nimmt Baden-Württemberg bei der Abfallverwertung die bundesweite Spitzenposition ein.

- Bessere Luftqualität

Die Landesregierung hat die zur Verfügung stehenden Instrumente wie die Luftreinhalte- und Aktionspläne konsequent angewandt. So hat sich die Luftqualität in Baden-Württemberg in den letzten Jahrzehnten deutlich verbessert. Der Gesundheitsschutz der in Belastungsgebieten lebenden Menschen hat für die Landesregierung einen hohen Stellenwert. Die in Baden-Württemberg ausgearbeiteten Pläne enthalten eine Vielzahl jeweils auf die örtlichen Gegebenheiten abgestimmten Maßnahmen. Eine wichtige Maßnahme zur Luftreinhaltung wurde mit den Umweltzonen und der damit erfolgten schrittweisen Umsetzung von Fahrverboten für Fahrzeuge mit besonders hohen Schadstoffemissionen umgesetzt

- Weniger Lärmbelastung

Zur Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm hat das Land die Lärmbelastung durch die Hauptlärmquellen systematisch ermitteln und in Lärmkarten darstellen lassen. In rund 70 Gemeinden werden unter Einbeziehung der Öffentlichkeit Lärmaktionspläne erstellt, die Maßnahmen zur Lärminderung enthalten.

Vorrangiges Ziel der Landesregierung ist es, die Entstehung des Lärms unmittelbar an der Quelle zu vermeiden oder zu mindern. Die Landesregierung setzt sich daher dafür ein, dass finanzielle Anreize (negativer sowie positiver Art) geschaffen werden, um Lärmreduktionen bereits bei der Entstehung zu verringern.

- Gewässerschutz

Baden-Württemberg bezieht etwa drei Viertel seines Trinkwassers aus Grundwasser, den Rest aus Oberflächengewässern, wie dem Bodensee. Um eine möglichst geringe Schadstoffbelastung der Gewässer und des Grundwassers in Baden-Württemberg zu erreichen, setzt die Landesregierung unter anderem auf die SchALVO, die die Bauern bei einer Gewässer schonenden Bewirtschaftung mit jährlich rund 20 Millionen Euro unterstützt.

- Hochwasserschutz

Der Hochwasserschutz ist langfristig eine vorrangige Aufgabe der Landesregierung. In ihrer Arbeit setzt die Landesregierung dabei die Schwerpunkte bei der Erstellung der Hochwassergefahrenkarten, der Weiterführung des Integrierten Rheinprogramms, der Sanierung der landeseigenen Deiche und der Modernisierung einer Vielzahl technischer Anlagen.

- Tierschutz

Das Land sieht sich der Verantwortung verpflichtet, für das Tier als Mitgeschöpf dessen Leben und Wohlbefinden zu schützen. Die Landesregierung unterstützt entsprechende Bestrebungen daher auf vielfältige Weise. So wurden unter anderem der Bau und die Sanierung von Tierheimen in den Jahren 2010 und 2011 mit insgesamt 1 Million Euro gefördert. Dieselbe Zielsetzung verfolgt die Tierschutzinitiative, mit der unter anderem ein Förderprogramm zur Erforschung von Alternativen zu Tierversuchen unterstützt wird.

Verantwortung in Europa und der Welt

- Stärkung der parlamentarischen Mitwirkung in EU-Fragen

Ein wichtiges Anliegen der Landesregierung ist die Stärkung der parlamentarischen Teilhabe bei Fragen der europäischen Integration. Mit dem neuen Beteiligungsgesetz in EU-Fragen wird die Landesregierung zukünftig nicht nur das Parlament bei allen relevanten Themen der Europapolitik umfassend informieren. Durch eine Änderung der Landesverfassung wird dem Parlament zudem die Möglichkeit eröffnet, die Landesregierung bei bestimmten EU-Fragen, die den Kernbereich der Zuständigkeit des Landtags betreffen, an das Votum der Abgeordneten zu binden. Kein anderes Landesparlament in Deutschland hat auch nur annähernd ähnlich weitgehende Mitwirkungsrechte gegenüber der Landesregierung wie der Landtag von Baden-Württemberg.

- Wahrung der Kompetenzordnung und Subsidiarität

Bei der neuen Wachstumsstrategie „Europa 2020“ ist es unter der Federführung Baden-Württembergs gelungen, sicherzustellen, dass die EU zwar Ziele im Bildungsbereich setzt, die Zuständigkeit der deutschen Länder für den Bildungsbereich aber respektiert und gleichzeitig den Besonderheiten des dualen Ausbildungssystems in Deutschland angemessen Rechnung getragen wird.

- Für eine zukunftsfähige EU-Strukturpolitik

Baden-Württemberg ist Innovationsregion Nr. 1 in der EU. Der Innovations- und Technologievorsprung Baden-Württembergs muss aber immer wieder aufs Neue erarbeitet werden. Deswegen benötigt Baden-Württemberg auch weiterhin die europäische Förderung in den kommenden Jahren. Nur wenn auch die starken Regionen wie Baden-Württemberg gezielt in ihrer Innovationskraft und Produktivität gefördert werden, kann Europa im globalen Wettbewerb bestehen. Das jüngste Bekenntnis der EU-Kommission, dass weiterhin alle Regionen der EU in den Genuss der EU-Strukturförderung kommen sollen, ist ein erster wichtiger Erfolg des Einsatzes der Landesregierung für den Erhalt der EU-Strukturmittel im Land. Es hat sich ausgezahlt, dass die Landesregierung bereits im Mai 2010 ihre Interessen und Forderungen formuliert und diese intensiv europaweit beworben hat.

- Donauraumstrategie

Die Landesregierung hat bereits frühzeitig die wachsende Bedeutung der Donauregion erkannt und bereits 2006 die erste Donaukonferenz in der Landesvertretung in Brüssel durchgeführt. Baden-Württemberg hat zu Beginn des Jahres 2011 eine eigene Umsetzungsstrategie beschlossen, um die sich bietenden Chancen, insbesondere bei innovativen Umwelttechnologien zu nützen. Die Umsetzung der Donauraumstrategie erfolgt unter anderem durch die Einrichtung eines Servicebüros und verschiedene Veranstaltungen.

- Trinationale Metropolregion Oberrhein

Die Trinationale Metropolregion Oberrhein, in der Baden-Württemberg, das Elsass und Rheinland-Pfalz mit einem Nicht-EU-Staat eng kooperieren, verkörpert eine neue Zielrichtung in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit innerhalb Europas. Diese Art der Kooperation ist in der EU bisher einzigartig und trägt nachhaltig dazu bei, Grenznachteile zu überwinden, Synergien zu entwickeln und Potenziale der Region zu stärken. Dem Ziel, einen grenzüberschreitenden und wettbewerbsfähigen Wissens- und Wirtschaftsraum zu schaffen, sind wir durch die offizielle Gründung der Metropolregion im Dezember vergangenen Jahres in Offenburg einen entscheidenden Schritt näher gekommen.

- Entwicklungszusammenarbeit

Unser entwicklungspolitisches Engagement haben wir durch Aktivitäten mit neuen Projekten in den Partnerländern verstärkt. Neben der Stärkung der SEZ mit der Schwerpunktsetzung in den Bereichen Bildung und Mikrokreditwesen, haben wir unsere internationalen Bildungspartnerschaften ausgebaut. Entwicklungs- und Schwellenländer erhalten damit einen besseren Zugang zu unserer weltweit geschätzten Erfahrung in der beruflichen Bildung. Im Rahmen von Public-Private-Partnership Abkommen hat Baden-Württemberg unter anderem Südafrika, Indonesien, Indien, Chile und Brasilien beim Aufbau erfolgreicher Ausbildungsstrukturen beraten und begleitet und damit eine wirksame Hilfe zur Selbsthilfe geleistet.